

[19]

BLÄTTER FÜR WELTPOLITIK

Preis 30 Pfg.

Deutscher Lebensraum

Aus dem Inhalt

- Weltmächte und Weltkräfte:
- Gespräch über den Rhein
- Kriegslehren und Kriegsfolgen
- Nationalsozialistische Rechtsanwendung
- West-östlicher Diwanstreit
- Die Machtverschiebungen im Fernen Osten

Heft 11

An unsere Leser und Freunde!

Es hat sich die zwingende Notwendigkeit herausgestellt, den Umfang der Zeitschrift auf 32 Seiten zu erhöhen, um unsern Lesern und Freunden ein umfassendes Bild der heute sich rasch vollziehenden Vorgänge auf raumpolitischem Gebiet zu bringen.

Die weltpolitische Lage muß jeden interessieren, der es ernst meint mit der deutschen Unabhängigkeit und Deutschlands Stellung als gleichberechtigte Großmacht im Räte der Völker.

Das koloniale Diktat des Versailler Vertrages läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Immer lauter erkönen die Stimmen, die Deutschlands Ansprüche auf Rückgabe der deutschen Kolonien als berechtigt anerkennen. Der Führer hat erklärt, daß Deutschland auf seine kolonialen Ansprüche niemals verzichten werde.

Die Rohstofffrage ist auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise erfordert neue Methoden. Rasse und Volkstum haben in ihren ewigen Werten neue Geltung erlangt.

Die Welt steht an einem Wendepunkt. Zwischen den erhaltenden und zerstörenden Kräften ist ein scharfer Kampf entbrannt. Die europäischen Probleme haben neue Formen angenommen.

Das Völkerrecht steht im Fluß der Erörterungen. Große entscheidende Umbrüche stehen bevor.

Der „Deutsche Lebensraum“ ist ein getreues Spiegelbild unserer erregenden Zeit.

Verlag und Schriftleitung.

Der neue Bezugspreis ab 1. Januar 1936 beträgt

für 6 Monate 2,40 RM

für 12 Monate 4,80 RM

zuzüglich Bestellschuld.

Bestellkarte anliegend.

Deutscher Lebensraum

Blätter für neue deutsche Raum- und Bevölkerungspolitik

Vierteljährlicher Bezugspreis RM. 0,75 zuzüglich Bestellschuld.

Bestellungen nur an die Geschäftsstelle. — Postverlagsort Teltow.

Auslieferung für Buchhandel: E. A. Mittler, Leipzig.

Monatliches Erscheinen. — Nachdruck einzelner Artikel verboten. — Auszüge nur bei genauer Quellenangabe gestattet. — Alle Schreiben sind nur zu richten an die Geschäftsstelle: Teltow/Markt, Adolf-Hitler-Straße 6, Ruf: S. 4 (Zehlendorf) 1050. — Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. — Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beigelegt. — Postcheckkonto: „Deutscher Lebensraum“, Berlin 524 46.

3. Jahrgang

Nummer 11

1935

Weltmächte und Weltkräfte

Gespräch über den Rhein

Von Dr. Paul Mohr.

Die deutsch-französische Unterhaltung. — Die Voraussetzungen für eine Verständigung. — Französische Vorbehalte. — Cavals Erläuterungen. — Gründung des Komitee France-Allemagne.

Die längere Aussprache, die zwischen dem französischen Botschafter und dem Führer des Reiches am 21. November stattgefunden hat — die Anregung ist von dem französischen Ministerpräsidenten Cavales ausgegangen —, muß als ein Meilenstein in den deutsch-französischen Gesprächen über die Grenzen angesehen werden. Sie war durch den vorausgegangenen Besuch des französischen Botschafters in Paris und seine Rücksprachen mit Herrn Cavales wohl vorbereitet worden. Der Eindruck auf das Ausland war tiefgehend. Die Spannung ist groß, ob dieses Gespräch eine Fortsetzung erfahren wird.

Auch wenn diese Aussprache vielleicht nur eine Atmosphäre beginnenden Vertrauens und Entspannung geschaffen hat, die mehr psychologischen als praktischen Wert hat, zeigt sie doch unverkennbar einen höheren Barometerstand, als es in den letzten Jahren, ja noch vor ganz kurzer Zeit, der Fall war. Eine Welle von Giftgasen aller Art hatte sich vor wenigen Wochen über die dunklen Pläne Deutschlands ergossen. Die Traditionspolitiker Frankreichs und die von ihnen beherrschte Presse hatten wieder einmal zu schweren Angriffen gegen Deutschland ausgeholt. Deutschland wurde beschuldigt, mit Italien eine Front gegen England bilden zu wollen. Dann sollte wieder Italien vor Deutschland gewarnt werden. Dazu kamen die üblichen Denkmalsreden, die dem französischen Bürger die Angst vor diesem unbegreiflichen Deutschland aufs neue einhämmern sollten.

Die Verwirrung in Europa schien langsam aber sicher einem Höhepunkt zuzustreben. Die Sanktionsmaschine sollte schärfer angezogen werden. Frankreich begann zu befürchten, daß Deutschland als neutrale Macht ihm den neugeworbenen Freund Italien abspenstig machen könnte. Cavales hat Mussolini wohl zu viel versprochen, um ihn von Tunis endgültig abzulenken. Die innenpolitischen Beklemmungen in Frankreich waren im Wachsen. Dazu kam der Weltvorstoß des Bolschewismus in China und Südamerika.

Der Aufruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale zum 18. Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution war ein erneuter Beweis für die auf den Umsturz alles Bestehenden gerichteten Bestrebungen der Weltbrandstifter. Dieser Aufruf schloß mit den Worten: „Nur der Weg der Sowjetunion ist der richtige Erfolg verheißende Weg der Rettung der Werktätigen aus der kapitalistischen Sklaverei.“ Der Aufruf schloß mit dem Satz: „Es lebe die Sowjetmacht in der ganzen Welt.“ Der kommunistische, von langer Hand angelegte Aufruhr in Brasilien wirkte wie ein Fanal, das auch dem harmlosesten Gemüt wieder die Augen öffnen mußte. Frankreich ist der Freund der Sowjetunion. Der Ruffenpakt ist noch nicht ratifiziert und soll wohl nun endlich auch offiziell seine Sanktion erhalten.

Unter diesen Umständen mag wohl Herrn Laval der Gedanke gekommen sein, sich darauf zu besinnen, daß ein gut nachbarliches Verhältnis zu Deutschland eine bessere Garantie für Frankreichs Friedensbedürfnis ist als eine Zusammenkopplung mit dem bolschewistischen Unruhestifter.

Die amtliche Mitteilung über die neueingeleitete Phase der deutsch-französischen Beziehungen verdient im Wortlaut festgehalten zu werden: „Die Unterhaltung, die die allgemeine Lage zum Gegenstande hatte, war von einem freundlichen Geiste getragen und bot Gelegenheit, den guten Willen beider Regierungen festzustellen.“

Herr Laval genießt den Ruf, daß er bemüht ist, sich nicht gegen eine deutsch-französische Verständigung zu sperren. Andererseits weiß er, daß der französische Ring, der jetzt wieder um Deutschland durch seine Pakte geschlossen ist, uns keineswegs gleichgültig läßt, und daß wir in einem französisch-bolschewistischen Pakt nicht gerade eine Liebeserklärung an unsere Adresse sehen. Herr Laval bemüht sich, uns zu beweisen, daß dieser Pakt nicht eine Spitze gegen uns enthält, daß er nicht gegen uns gerichtet ist. Dieser Pakt ist keine bloße Formsache, er ist für den Ernstfall gedacht, er ist ein Stück französischer Tradition. Er ist der Mehltau auf dem europäischen Garten. Herr Laval kann nicht ohne weiteres annehmen, daß er uns ganz überzeugt hat. Deutschland ist das Bollwerk gegen den Bolschewismus, wie der Führer mit allem Nachdruck in seiner Unterhaltung mit dem Präsidenten der United Press, W. Baillie, hervorgehoben hat. Der Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland ist nichts Naturgegebenes. Wer das deutsch-französische Verhältnis bereinigen will, muß sich darüber klar sein, daß hier Voraussetzungen geschaffen werden müssen, und zwar solche besonderer Art. Wir haben nicht die Absicht, der Schulmeister Frankreichs zu sein. Wir haben aber auch nicht das Bedürfnis, unser Haus so einzurichten, wie es anderen gefällt, die unsere Wohn- oder Lebensweise nicht so gut kennen. Wir wissen, daß seit 16 Jahren sich zwischen den Vogesen und uns eine gewaltige Schutthalde angehäuft hat, die die Sicht versperrt. Dieser Berg wird nicht mit einem Male abgetragen werden können. Der „Cemps“ hat vor einigen Monaten einmal seinem Herzen mit den Worten Luft gemacht: „Der Lebensinstinkt Frankreichs richtet sich notwendigerweise gegen Deutschland!“ Das ist die Weisheit alter Tanten. Ein derartiger Lebensinstinkt geht in der Irre. Wenn französische Politiker die Zeichen der Zeit nicht mißverstehen wollen, dann müssen sie erkennen, daß heute schon gewisse Voraussetzungen geschaffen worden sind, — und zwar gerade in dem abgelaufenen Jahre, die die Atmosphäre zwischen uns hätten bereinigen können. Territoriale Streitigkeiten sind zwischen unseren Völkern abgeschlossen. Die Saarfrage ist ohne Verwicklungen erledigt worden. Deutschland hat seine Wehrhoheit erlangt und zahlreiche Ungeheuerlichkeiten des Versailler Vertrages sind gefallen wie Blätter im Herbst. Nicht am Nationalsozialismus hat es gelegen, wenn die offen ausgestreckte Hand nicht ergriffen wurde.

Seit den ersten, zögernden, ja tastenden Versuchen, ein Gespräch über den tiefen Schützengraben im Westen und seine stachelbewehrten Drahtverhaue in Gang zu bringen,

sind mehr als eineinhalb Jahre, ja an drei Jahre, verflossen. Es waren Frontkämpfergespräche. Der Faden riß zwar nie ganz ab, aber es waren nur Gespräche, wie sie dem Soldaten zu eigen sind, der vor seinem tapferen Gegner, der Ähnliches durchgemacht und mit Ehren gekämpft hat, salutiert.

Der Leiter der Kriegsoffiziersfürsorge, Oberlindober, war am 2. August 1934 in Baden-Baden mit dem Präsidenten der französischen Union Fédérale, Henry Pichot, zusammengekommen. Herr Pichot und Radoux sind dann in Berlin gewesen und hatten Gelegenheit, mit dem Führer und Reichskanzler und seinem Stellvertreter zusammenzukommen.

Andere Frontkämpfer, wie die Abgeordneten Jean Goy und Robert Monnier, haben dann im November und Dezember 1934 Berlin besucht und sich mit verschiedenen Amtsstellen über eine deutsch-französische Annäherung unterhalten. Damals schrieben wir in diesem Blatt: „Es besteht also die Hoffnung, durch nachfolgende Aussprachen weitere positive Ziele zu erreichen. Wir müssen die neue Brücke über den Rhein bauen.“ (Siehe „Zehlendorfer Warte“ Nr. 1. d. Js.)

Schon früher haben einige jüngere französische Schriftsteller den Versuch gemacht, Bausteine zu dieser französischen Brücke herbeizuschaffen. In erster Linie Jules Romains und Fernand de Brinon. Ihnen sind andere gefolgt wie Pierre Cot, der frühere französische Luftfahrtminister und Anhänger der Volksfront, Paul Morand. Aber noch sind die Grundpfeiler dieser Brücke nicht gelegt worden und es wird wohl noch eine ganze Weile dauern, bis fluge Ingenieure den richtigen, tragbaren Baugrund für diesen Bau gefunden haben werden. Daß ein solcher Bau einmal ausgeführt werden muß, daran kann niemand zweifeln, der es ernst meint mit der europäischen Ordnung, der davon überzeugt ist, daß die Zweiteilung Europas, die Spaltung in zwei Lager ein Ende finden muß. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland, der seit mehreren Jahrhunderten die europäische Geschichte beherrscht, muß verschwinden, nicht nur im Interesse der beiden Länder, sondern im Interesse der ganzen Welt.

Nach meiner Auffassung, schrieb Jules Romains schon am 3. Dezember 1934, ist das Problem der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland das Kernproblem unserer Zeit. Es schließt zwar nicht alle anderen Probleme ein, ist aber von entscheidender Bedeutung für sie. Wird es nicht gelöst oder nicht in befriedigendem Sinne, so sind alle anderen Lösungen in Frage gestellt oder gar umsonst.

Von der deutsch-französischen Lage und ihrer günstigen oder unheilvollen Entwicklung hängt der ganze Bestand Europas ab. Wenn die beiden Völker in den nächsten Jahren nicht das Mittel finden, nebeneinander zu leben, keine Formel einer mehr oder weniger vollkommenen Einigkeit zu entdecken, so wird Europa der Katastrophe nicht entgehen und dem Untergang verfallen.“

Frankreich lebt in einer ständigen Furcht vor uns. Es glaubt, daß Deutschland im stillen das feu sacrée de la revanche, das heilige Feuer der Revanche nähre, daß es, wenn es sich genügend stark glaube, Frankreich überfallen würde, ohne Kriegserklärung. Wenn aber Frankreich nicht das Opfer sein würde, dann wären es seine Bundesgenossen im Osten. Die Vorstellung, daß die französische Sicherheit trotz der gewaltigen französischen Luftflotte und des ungeheuerlichen Festungswalles an Frankreichs Ostgrenze bedroht sei, mutet wie eine krankhafte Vorstellung an. Aber niemals wird ein Franzose zugeben wollen, daß es militärisch uns turmhoch überlegen ist, obwohl es über eine Armee verfügt, die Jahr für Jahr 240 000 Mann wohlgeübter Soldaten in die Reserve entläßt.

Die Frage, die bei den deutsch-französischen Unterhaltungen geklärt werden muß, ist die, welches Ziel ins Auge gefaßt werden muß. Will Frankreich eine zweiseitige Unterhaltung oder wünscht es nach wie vor eine Art kollektiver Regelung der europäischen Sicherheit, in deren Rahmen Deutschland eingespannt werden soll? Natürlich

wendet sich der „Tempt“ gegen eine nur zweiseitige Unterhaltung, Fernand de Brinon wieder findet, daß Frankreich Deutschland nichts mehr zu bieten habe, daher könne es ihm nichts geben. Der Versailler Vertrag sei ja, abgesehen von den Gebietsbestimmungen, erledigt. Deutschland verlange aber nichts, da Gebietsforderungen ausgeschaltet seien.

Pierre Cot hat im „Oeuvre“ noch einmal den französischen Gesichtspunkt vorangestellt. Eine Annäherung beider Länder sei wünschenswert, doch dürfe Frankreich nicht seine alten Freundschaften preisgeben. Der französische Einfluß im Völkerbund sei schwächer geworden, seitdem die Welt Frankreichs Treue zum Völkerbund bezweifeln konnte. Wenn Deutschland freie Hand im Osten erhalten würde, würde es die Freundschaft der Sowjetunion verlieren und die kleine Entente dazu. Würde es seine europäischen Pflichten vernachlässigen, so wäre es nur noch eine Nation zweiten Ranges. Freie Hand für Deutschland im Osten sei gleichbedeutend mit einem künftigen Kriege.

Das sind alle Kamellen. Deutschland verlangt nicht freie Hand im Osten. Sein einziges Ziel ist der Friede und die volle Anerkennung seiner Stellung als Großmacht.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß sich heute nicht genug Fragen angesammelt haben, die zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch führen könnten. Es fehlt nicht an greifbaren Aufgaben. Ganz besonders kann die Kolonialfrage in den Kreis der Besprechungen gezogen werden, wie wir bereits vor Jahr und Tag vorgeschlagen haben. Der Führer hat vor aller Welt erklärt, daß er nie auf die deutschen Kolonialansprüche verzichten werde. In dieser Beziehung kann eine große und bedeutungsvolle Vorarbeit durch die Arbeiten des neugegründeten französisch-Deutschen Studienkomitees in Paris und Berlin geleistet werden. An der Gründung dieses Komitees haben 60 führende französische Persönlichkeiten teilgenommen, darunter die Führer der ehemaligen Frontkämpfer, Pichot und Goy, Professor Eichtenberger, Professor Bouvoisin, Fernand de Brinon, der ehemalige Adjutant des Marschalls Foch, Major d'Hopital.

Man ist darin übereingekommen, sich nicht in Politik einzumischen, dagegen alles zu tun, um zu einer gegenseitigen Entspannung und Verständigung beizutragen. Den Vorsitz hat Kommandant d'Hopital übernommen, das Generalsekretariat die beiden Frontkämpfer Pichot und Jean Goy, das Amt des Schatzmeisters Viscomte de Chappedaine. Damit ist ein Aktionsausschuß vorhanden, der nützliche Arbeit leisten kann. Noch ist das Pflänzlein jung und zart und bedarf sorgfältiger Pflege, um es zum Wachsen zu bringen.

Kriegslehren und Kriegsfolgen

Von Dr. Paul Mohr.

Der 18. November. — Die Rose an der Erde Brust. — Kriegslehren. — Kreuzzug zur Einigung Europas.

Der Tag des 18. November wird in der Geschichte Italiens auf lange hinaus ein Tag der nationalen Erinnerung bleiben. An diesem Tag brach eine alte Freundschaft; sie wurde zu Grabe getragen. Zu ihren Ehren flaggte ganz Italien. An diesem Tag sind an den Rathhäusern der italienischen Städte Gedenksteine angebracht worden zur Erinnerung an den Beginn der „wirtschaftlichen Belagerung“ Italiens, des Inkrafttretens der Sühnmaßnahmen. Italien sieht diesen Tag als ein Datum der Schmach und Ungerechtigkeit in der Weltgeschichte an. Diese Gedenksteine sind die Grabsteine der italienisch-englischen Freundschaft, einer Freundschaft, die 75 Jahre gedauert hat, die schon vor Garibaldis Landung unter dem Schutz englischer Kriegsschiffe begann. Den Weg der Einigung hat Italien unter der Obhut Englands beschritten. Heute schreitet das Königreich hoherhobenen Hauptes dahin in Gedanken an Roms

Imperium im gesamten Mittelmeer. Wieder und wieder hat Italien den Versuch gemacht, nähere Ziele zu erreichen. Frankreich war ihm zuvorgekommen. Spät gekommen, wie Deutschland, fand es die Welt verteilt. Frankreich hat 1881 Tunesien besetzt, trotzdem Italien hier schon eine hervorragende Stelle vor 1881 eingenommen hatte. Bizerta, der Kriegshafen Frankreichs, das war der Dolch, der auf Italien zielte.

Italienische Arbeiter haben aus Tunesien dieses Kleinod geschaffen, das es heute darstellt. 90 000 Italiener und andere zehntausend Kolonisten haben in der algerischen Provinz Constantine ähnliches geleistet. Einige 70 000 Italiener leben in Aegypten; stets war also Italien der Kulturdünger für andere. Ist es ein Wunder, wenn Italien sich rüstet, dem Schicksal das Notwendigste abzutrotzen? Seine Nachkriegspolitik tastete nach dem Balkan, sie tastete nach der Türkei, nach dem Golf von Adalia, sie tastete nach Albanien, sie sandte hunderttausende ihrer Söhne nach Argentinien und Brasilien. Sie richtete ihre Augen auf Tanger. Es war ein Tasten und Suchen, sogar nach dem Norden. In Oesterreich suchte es Anker zu werfen. Es blieb, wie es der Dichter Conrad Ferdinand Meyer einst genannt, die Rose an der Erde Brust. Die Rose, die sich nach der Sonne verzehrte. Frankreich lenkte Italiens Blick auf Tripolitaniens. Italien hat in langen Jahren große Mühe gehabt, die Araber zu bezwingen. Fast mußte die Kolonie nach dem Kriege noch einmal erobert werden.

Der Krieg in Ostafrika ist — man mag Italiens Beweggründe billigen oder mißbilligen oder sie als neutraler Zuschauer betrachten — keine bloße lokale Angelegenheit oder Polizeiaktion. Dieser Krieg Italiens um einen Platz an der Sonne ist ein Kampf, der die ganze Welt bis in ihre letzten Ausläufer erschüttert, vom Mittelmeer bis in den fernen Osten, von Gibraltar bis zu den Philippinen. Europas Gleichgewichtszustand ist gestört. Das ganze mühselig von Frankreich aufgerichtete System der Pakte und Vereinbarungen ist im Zusammenbrechen. Die Totalität des Raumes ist offenbar geworden. Das ist eine der Kriegslehren, die Europa aus diesem Konflikt zu ziehen haben wird.

Nicht nur die Totalität des modernen Krieges ist eine Tatsache, aus der die entsprechenden Folgerungen für die Sicherheit und Wirtschaft eines Volkes gezogen werden müssen. Auch die Totalität des Raumes bedingt Schicksalsgemeinschaft. Europas Schicksal steht genau so auf dem Spiel, wie das weitere Schicksal Afrikas, das wie kein anderer Kontinent europäisch und europäisch verbunden ist, das ein Hauptfundament der europäischen Wirtschaft und Betätigung sein wird, wenn die „weiße Wirtschaft“ jenseits Singapur etwa der japanisch-chinesischen Unterbietung zum Opfer fallen sollte. Afrika bleibt die europäische Hausmachtreserve.

Daher ist dieser Krieg kein Kolonialkrieg, wie ihn England und Frankreich früher zu dutzenden Malen geführt haben. Er spielt sich nicht in einem verlorenen Winkel Afrikas ab. Er berührt englische und französische Weltinteressen an entscheidenden Punkten ihrer Weltmachtstellung. Das Mittelmeer ist nicht mehr ein englisches Meer, seitdem es Frankreichs Sprung nach Kleinasien, den Barbarenstaaten, hinnehmen mußte. Die Herrschaft im Mittelmeer steht auf dem Spiele. Diesen Anspruch hat Italien erhoben. Das Mittelmeer soll nicht mehr der Kerker Italiens bleiben. England sucht daher Anlehnung in Griechenland und in der Türkei. Auf den Inseln des Ägäischen Meeres sucht es Ersatz für das unsicher gewordene Aegypten. England hat einen zugkräftigen Köder für Griechenland. Das ist Cypern. Heute ist die Insel nicht mehr von der strategischen Bedeutung, wie sie noch vor dem Weltkrieg war. Will England das Hellenenreich an sich binden, dann kann es hier ein gutes Tauschgeschäft machen gegen einen Hafen auf Lemnos. Wird Cypern zurückgegeben, dann ist auch der Besitz von Rhodos rückgabepflichtig.

Die Gurgel Englands war der Sueskanal. Sie kann jetzt von Italien zugedrückt werden. Eine französisch-italienische Verständigung ist England daher doppelt mißliebig. Sie beeinträchtigt Englands Machtlinien in einem etwaigen europäischen Konflikt. Daher wird England es nie dulden, daß Italien sich des ganzen abessinischen Großreiches bemächtigt. Italienische Truppen in Tigre bedeuten eine Bedrohung des Sudan. Frankreich hat nicht ein gleiches Interesse an einer Beschneidung der italienischen Machtpläne. Ein befreites Aegypten stört keinen französischen Plan. Ist doch auch heute noch Frankreichs Stellung am Nil eine bevorzugte. Auch ein italienischer Herrschaftsblock an der Straße von Bab el Mandeb wird von Paris aus anders beurteilt als von London. Es mehren sich daher die Anzeichen, die darauf hindeuten, daß Verhandlungen zum Zweck eines Ausgleichs zwischen den hauptbeteiligten Großmächten und Italien geführt werden.

Es ist bemerkenswert, daß der „Matin“ vor wenigen Tagen in bewegten Worten einen Aufruf in starker Druckaufmachung veröffentlichte für einen Kreuzzug der europäischen Einigung. Frankreich fühlt sich arg in der Klemme, wenn es sich jetzt zum Fürsprecher einer nicht selbstlächtigen Politik macht, wenn es findet, daß alle anderen ihm übelwollen, daß England seine Freundschaft mit Italien ihm verüble und daß sein neuer Bundesgenosse, die Sowjetunion, es in Revolution und Krieg hineintreibe. Es sei ständig Erpressungen ausgesetzt. Es beklagt sich, daß dieses oder jenes Land ihm zuzuge und es in Angriffssysteme hineinziehen wolle, unter der Drohung, ihm im Falle eines Angriffs keine Hilfe zu leisten. Nicht Frankreich habe die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zurückgewiesen. Es habe Deutschland sich wieder aufrichten lassen. Die Wiederaufrichtung Deutschlands hat sich nicht mit Frankreich, sondern gegen Frankreich und ohne Frankreich vollzogen. Es hat stets auf das falsche Pferd gesetzt. Wenn jetzt das Eis gebrochen wird, wird die ganze Welt daraus Nutzen ziehen.

Nun, da sich die verhängnisvollen Folgen der rein französischen Spaltungspolitik zeigen, sucht es zu retten, was noch zu retten ist, weil sich in anderen Kontinenten rasche Entwicklungen zeigen, die Frankreichs Machtlinien gleichfalls in Zentralpunkten seines Nervensystems treffen. In erster Linie sind es die Vorgänge in Ostasien, die wieder im Sturmschritt vor sich gehen. Hier bahnen sich Entwicklungen an, die die gesamte Welt des Ostens bis ins Innerste in ihren Wirbel ziehen. Die japanischen Militärs haben den Zeitpunkt für gekommen erachtet, an China die Zumutung zu richten, die fünf chinesischen Nordprovinzen Schantung, Hopei, Tschachar, Schansi und Suiyuan für unabhängig zu erklären. Das von den Japanern gestellte Ultimatum war auf den 20. November befristet. Wahrscheinlich soll die sogenannte Verteidigungsfront gegen den Kommunismus insgesamt 6 Provinzen umfassen, da aus der entwaffneten Zone und Ostschachar eine sechste Provinz gebildet werden soll. Dazu kommen noch die drei Sonderverwaltungen Peiping, Tjingtau und Tientsin. Der Name, unter dem die autonomistische Regierung ins Leben treten soll, lautet: „Nordchinesischer Ausschuß der Republik China zur Bekämpfung des Kommunismus.“ Der Plan einer Autonomie, heißt es in japanischer Darstellung, sähe keineswegs die Lösung Nordchina's von Nanking vor. Die Ausrufung der neuen Republik ist inzwischen verschoben worden, da sich Nanking zögernd verhielt. Die Stunde des Opfers, sagte Tschiangkai-scheh, sei noch nicht gekommen. Doch hat Nanking grundsätzlich seine Zustimmung zu den japanischen Forderungen erteilt in der wohl vergeblichen Hoffnung, daß Japan die Souveränitätsrechte Chinas achten werde. Diese Hoffnung wird wohl eine vergebliche bleiben. Die Zerstückung Chinas hat weitere Fortschritte gemacht. Ein großes Reich zerbröckelt langsam. Der neue Bund wird seinen Hauptsitz in Peiping nehmen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wenn der

Mandschukaiser Kang-teh auch in Peiping seinen Einzug halten wird. Für Japan ist heute China süße Frucht. Es kann aber — und dieser Tag wird kommen — dereinst eine bittere Frucht werden. Die Großmächte aber, die heute in der Erhaltung ihrer Wirtschaftsbelange aufs höchste interessiert sind, sehen tatenlos dieser Wasservogelpolitik des Mikadoreiches zu. Japan steht vor den Toren Asiens. Es bereitet sich vor, die Rohstofffrage für sich allein zu lösen. Ganz China ist sein Ziel. Es wird die Türen zuschlagen, wenn Europa nicht den gemeinsamen Weg aus den Engpässen findet. Der 18. November war auch der Tag des japanischen Ultimatums. Inzwischen bereitet sich Italien vor, eine neue Phase seiner Kriegsmassnahmen einzuleiten, nachdem der Marschall de Bono durch den Marschall Badoglio ersetzt worden ist. Die zu lösende Aufgabe wächst mit dem Quadrat ihrer Entfernung von der Küste.

Es ist müßig, sich über die mutmaßliche Dauer dieses Kampfes zu ergehen, die Waffen sind zu ungleich. Der italienische Konsul, der die Dauer dieses Krieges auf 7 Monate zu bemessen glaubte, wird sich als ein falscher Prophet entpuppen. Auch der Vergleich mit der Eroberung Marokkos durch die Franzosen ist nicht ganz angebracht. Wohl hat Frankreich drei Jahrzehnte gebraucht, um das Maghreb endgültig zu bewältigen. Damals waren jedoch die Waffen, besonders nicht die Luftwaffe und die Tanks so durchgebildet wie heute. Die Berber des Rif und des Mittleren und Hohen Atlas waren in hohem Grade kriegsgewohnt und verfügten über genügende Anzahl von Gewehren, um einen Kleinkrieg mit Erfolg führen zu können. Kein Berber kämpfte noch mit Schild und Speer. Es ist richtig, der Krieg gegen Ab del Krim hat ein Truppenangebot von 350 000 Mann erfordert. Aber auch Italien verfügt über 300 000 Mann und Frankreich hatte im Rif zum letzten Stoß ausgeholt. Italien bleibt aber noch die Hauptarbeit zu leisten. Militärisch könnte Abessinien trotz seiner 2 Millionen in kürzerer Zeit niedergeworfen werden, wenn es von der Zufuhr von Waffen und Munition abgeschnitten würde.

Wenn von dem Rifkrieg schon eine Bewegung ausging, die ganz Nordafrika in stärkste Schwingungen versetzte, so ist anzunehmen, daß diese Auseinandersetzung einer europäischen Macht mit einer afrikanischen die farbigen Völker aufs stärkste erregen muß. Alle rassischen Fragen sind aber dadurch so höchst explosiv, da sie mit sozialen und wirtschaftlichen Spannungen durchtränkt sind. Die Aufstände, die hier und da in Französisch-Nordafrika in diesem Jahre aufflammten, in Kairo und in Palästina, die Judenrevolten, reden eine unmißverständliche Sprache. Die eingeborene Welt beginnt, ihre Rechnung in Kairo und Damaskus, in Mekka und in Bagdad zu präsentieren.

Nationalsozialistische Rechtsanwendung

Ein Rückblick auf das Jahr 1935, von Dr. Werner Spöhr, Kiel.

„Unser Rechtswesen muß in erster Linie der Erhaltung der Volksgemeinschaft dienen. Nicht das Individuum kann Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk.“

Adolf Hitler (am 23. 3. 35).

Ueberblicken wir das Jahr 1935 daraufhin, was in ihm in bezug auf die Neuordnung des Deutschen Rechts geschehen ist, so treffen wir auf eine Fülle von Gesetzen von grundlegender Bedeutung. In ihrer einschneidenden Wirkung, die sie für jeden Deutschen haben, tragen sie sämtlich die Zeichen des Geistes sichtbar an sich, aus dem sie geboren sind: der nationalsozialistischen Weltanschauung. Vereinheitlichung des Gesetzes des Reiches nach innen, Sicherung seiner politischen Unabhängigkeit und Garantie seiner Unantastbarkeit nach außen, Durchführung des nationalsozialistischen Volks-

staates durch Schaffung eines neuen Staatsbürgerrechts, durch rassistische Scheidung des Deutschtums vom Judentum, durch Ausrichtung des Strafrechts auf den unbedingten Schutz der Volksgemeinschaft — das sind die Großtaten der nationalsozialistischen Gesetzgebung im Jahre 1935, die sich ein Jeder an der Wende des Jahres besonders eindringlich ins Gedächtnis zurückrufen sollte, um sie als lebendigen Besitz zu erhalten.

I. Die Vereinheitlichung des Reiches.

Die innere staatsrechtliche Struktur des Deutschen Reiches ist im Jahre 1935 durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen weiter ausgebaut und gefestigt worden. Zunächst ist auf vier grundlegende Gesetze vom Januar 1935 hinzuweisen:

1. Das Reichsstatthaltergesetz vom 30. Januar 1935 hat eine Umgestaltung der Aufgaben der Reichsstatthalter gebracht, die bereits die Aufgabengebiete der bei den kommenden Reichsgauen an der Spitze Stehenden erkennen lassen. Allerdings ist die Neueinteilung des Reiches in Reichsgaue noch nicht erfolgt, weil diese endgültige Gliederung des Reiches noch umfangreiche Vorbereitungen für die Angleichung in Recht, Verwaltung und Organisation erfordert, die nicht übereilt werden dürfen. Durch das Reichsstatthaltergesetz sind die Reichsstatthalter zur Zwischeninstanz zwischen der obersten Reichsführung und der gesamten unteren Verwaltung und Organisation bestellt worden. Das Gesetz macht die Bahn frei für die kommende Gaueinteilung.

2. Für die Gliederung des Unterbaues des staatsrechtlichen Gefüges des Deutschen Reiches ist die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 von großer Bedeutung. Die Leitung der Gemeinde ist auf dem Führergrundsatz aufgebaut. Dem Bürgermeister als dem Leiter der Gemeinde sind verdiente und erfahrene Männer als Gemeinderäte zur Seite gestellt, deren Rat er hört, bevor er eine Entscheidung trifft, für die er dann aber selbst allein die volle Verantwortung trägt.

3. Das Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes vom 30. Januar 1935 bereitete die Übernahme der Regierungsgewalt im Saargebiet durch die Deutsche Reichsregierung vor, die am 1. März 1935 erfolgt ist. Der weiteren Durchführung der Wiedereingliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich dient eine große Zahl von Gesetzen und Verordnungen, die im Laufe des Jahres 1935 erlassen wurden.

4. Durch das Dritte Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 24. Januar 1935 hat das Reich als Träger der Justizhoheit die gesamte Justiz mit allen Zuständigkeiten, Rechten und Pflichten und mit allen Justizbehörden, Beamten, Angestellten usw. übernommen. Der 1. April 1935, der Tag dieser Übernahme, ist ein Markstein in der Geschichte des Deutschen Rechtswesens.

Weiterhin sind zwei Erlasse des Führers und Reichskanzlers vom 2. Februar 1935 von hervorragender Bedeutung, die eine straffe Neuregelung des Rechts zur Ernennung und Entlassung der Beamten des Reichs und der Länder sowie eine neue und völlig einheitliche Regelung für die Ausübung des Gnadenrechts im ganzen Reiche gebracht haben. In den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 29. April 1935 ist die vermögensrechtliche Stellung der NSDAP und der ihr angeschlossenen Organisationen geregelt worden.

II. Die allgemeine Wehrpflicht.

Am 16. März 1935 ist die Proklamation der Reichsregierung an das Deutsche Volk und zugleich das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht erlassen. Aus dieser Proklamation sollten folgende, die wahrhaft geschichtliche Tat der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht aus der unerschütterlichen Friedensliebe des deutschen Volkes herleitende Worte jedem Deutschen unauslöschlich im Gedächtnis bleiben: „Was die deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und Interessen der deutschen

Nation wünscht, ist, das Ausmaß jener Machtmittel sicherzustellen, die nicht nur für die Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als ein Mitgarant des allgemeinen Friedens erforderlich sind.

Denn in dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinausgehen und insbesondere in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung drückt dabei die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es dem damit wieder zu seiner Ehre zurückfindenden deutschen Volke in unabhängiger gleicher Berechtigung vergönnt sein möge, seinen Beitrag zu leisten zur Befriedigung der Welt in einer freien und offenen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen und ihren Regierungen.“

Das Gesetz vom 16. März 1935 gehört zusammen mit dem Wehrgesetz vom 21. Mai 1935, das den Wehrdienst im Einzelnen regelt, zu den bedeutendsten Gesetzen überhaupt, die je in Deutschland erlassen sind. Es war ein schönes Zeichen für das in der Wehrmacht lebendige Traditionsgefühl, daß der Reichskriegsminister am Tage nach der Verkündung des Wehrgesetzes an den Gräbern Scharnhorsts und Boyens, der Schöpfer der preußischen Wehrmacht, einen Lorbeerkranz niederlegte.

III. Parteitag der Freiheit.

Der Parteitag der Freiheit hat nicht nur einen Rechenschaftsbericht über die bisherigen Leistungen des Nationalsozialismus gegeben, sondern zugleich die politische Aufgabe für das kommende Jahr gekennzeichnet. Für die Rechtserneuerung war der Parteitag ein Markstein in zweifacher Hinsicht:

Der Führer und Reichskanzler hat auf ihm nochmals eindeutig das Verhältnis von Partei und Staat bestimmt und ihre verschiedenartigen Aufgaben gegenseitig abgegrenzt. Die Partei ist Trägerin des politischen Gewissens der deutschen Nation und Garant des Nationalsozialismus, alle anderen Organisationsformen des Volkes sind ihrer ideenmäßigen Bestimmung unterworfen.

Im übrigen sind jedoch Partei, Staat, Armee, Wirtschaft und Verwaltung nur Mittel zum Zweck der Erhaltung der Nation. Für die Zukunft hat der Führer die Einheit der staatlichen Spitze (Einheit der Führung von Bewegung, Staat und Armee), die sich zur Zeit seines Lebens in ihm selbst verkörpert, als bleibende nationalsozialistische Einrichtung bestimmt und damit noch einmal jeder parlamentarischen Gewaltenteilung eine eindeutige Abjage erteilt.

In der Sitzung des nach Nürnberg einberufenen Reichstages am 15. September 1935, die einen Höhepunkt des Parteitages bildete, wurden drei Gesetze von fundamentaler Bedeutung für Gegenwart und ferne Zukunft beschlossen:

1. Das Reichsflaggengesetz hat die Fahne des Nationalsozialismus zur Reichs- und Nationalflagge erhoben.

2. Das Reichsbürgergesetz hat das Staatsbürgerrecht des neuen Deutschland geschaffen. Die Angehörigkeit zum Deutschen Staate war bisher formalrechtlich bestimmt, sie wird in Zukunft aus der Zugehörigkeit zur deutschen Blutsgemeinschaft abgeleitet. Das Gesetz unterscheidet deshalb Staatsangehörige und Reichsbürger. Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist. Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben, d. h. durch Abstammung, Heirat, Militärdienst usw. Reichsbürger dagegen ist nur der Staatsangehörige deutschen oder

artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volke und Reich zu dienen. Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben. Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

3. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre dient derselben rassistischen Scheidung im deutschen Staate und der rassistischen Reinerhaltung des deutschen Volkes. Es verbietet Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, den außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, es verbietet den Juden die Beschäftigung von weiblichen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt sowie das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben, es gestattet ihnen dagegen das Zeigen der jüdischen Farben und stellt die Ausübung dieser Befugnis unter staatlichen Schutz.

IV. Nationalsozialistisches Strafrecht.

Die Gesetze über die Aenderung des Strafgesetzbuches sowie des Strafverfahrens und Gerichtsverfassungsgesetzes vom 28. Juni 1935 enthalten zwei Gruppen von Vorschriften, einerseits solche, die sich als dringend erforderlich erwiesen hatten, andererseits solche, welche die Vorwegnahme eines Teiles der Gesamtreform des Strafrechts und die unaufschiebbar gewordene Einfügung nationalsozialistischer Strafrechtsprinzipien in das bisher geltende Recht bedeuten. Von größter Bedeutung für die Allgemeinheit ist die Beseitigung der strengen Bindung des Strafrichters an das Gesetz durch die Zulassung der sog. Analogie im Strafrecht: Bestraft wird nicht nur, wer einer ausdrücklichen Vorschrift eines Gesetzes, deren Verletzung mit Strafe bedroht ist, zuwiderhandelt, sondern auch, wer eine Tat begangen hat, die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient, auch wenn der reine Wortlaut einer bestehenden gesetzlichen Vorschrift nicht völlig auf die Tat zutrifft oder wenn vielleicht eine Vorschrift gänzlich fehlt, das Gesetz also eine Lücke enthält. Da diese wichtigste Neuerung des Strafrechts jeden deutschen Staatsbürger angeht, sei sie noch etwas näher erläutert.

Das bisher geltende Strafrecht ließ die Bestrafung einer Tat nur dann zu, wenn ihre Strafbarkeit im Gesetz ausdrücklich festgelegt ist. Dieser Rechtsatz galt in der liberalistischen Zeit als so grundlegend, daß er sogar in die Weimarer Verfassung aufgenommen wurde. Im nationalsozialistischen Strafrecht kann er diese Bedeutung nicht mehr beanspruchen. Vielmehr muß nach nationalsozialistischer Auffassung jeder strafwürdige, durch Taten in Erscheinung getretene Wille seine Ahndung finden, gleichviel, ob die Tat den Wortlaut einer Strafvorschrift genau erfüllt oder nicht. Der strafrechtliche Schutz gegen strafwürdiges Verhalten darf nicht daran scheitern, daß das geschriebene Gesetz Maschen oder Lücken aufweist, durch die der geschickte Verbrecher hindurchzuschlüpfen weiß. Nicht die Sicherheit des Verbrechers vor verdienter Strafe, sondern die Sicherung der Volksgemeinschaft gegen jeden verbrecherischen Angriff muß das Ziel der Strafrechtspflege sein. Es genügt deshalb nicht, wie bisher nur dann zu strafen, wenn das Gesetz die begangene Tat mit Strafe bedroht, denn das Gesetz wird immer eine nur unvollkommene Aufzählung der gegen die völkische Lebens- und Friedensordnung verstößenden Handlungen bleiben. Bei der Vielseitigkeit des Lebens kann der Gesetzgeber nicht alle Wege übersehen und voraussehen, auf denen verbrecherische Elemente sich an der Volksgemeinschaft vergehen. Dem Richter muß daher die Möglichkeit gegeben werden, bei der Aburteilung einer Tat über die Grenzen der gesetzlichen Tatbestände hinauszugehen und so der verständnisvolle Verbündete des Gesetzgebers

zu werden. Nur so kann wahre Gerechtigkeit ihre Verwirklichung finden, jedes der Volksgemeinschaft zugefügte Unrecht die ihm zukommende Ahndung erfahren.

V. Reichsarbeitsdienst.

Das Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1935 hat den dreifach gegliederten Bau der Erziehung und Ertüchtigung der deutschen Jugend zum Staat vollendet: Zur allgemeinen Schulpflicht und zur allgemeinen Wehrpflicht ist als Drittes die allgemeine Arbeitsdienstpflicht getreten. Ihre Bedeutung kann nicht treffender als durch folgende Worte des Gesetzes selbst hervorgehoben werden: „Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke. Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienst zu dienen. Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen. Der Reichsarbeitsdienst ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt.“ Zunächst ist die Arbeitsdienstpflicht der männlichen Jugend eingeführt, während diejenige der weiblichen Jugend einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten ist.

VI. Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes

In der Familie sieht der Nationalsozialismus die Keimzelle der Sippe und des Volkes. Das Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes vom 18. Oktober 1935 schafft eine Reihe von Ehehindernissen, bei deren Vorliegen der Standesbeamte die Ehe nicht schließen darf. Das ist der Fall 1. wenn einer der Verlobten an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teiles oder der Nachkommen befürchten läßt, 2. wenn einer der Verlobten entmündigt ist oder unter Vormundschaft steht, 3. wenn einer der Verlobten, ohne entmündigt zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt, 4. wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet. Mit diesen in weiser Beschränkung auf solche Fälle, in denen ein verantwortungsbewußter Mensch schon von sich aus die Ehe nicht eingehen würde, begrenzten Eheverboten hat der Staat die Schließung von Ehen unmöglich gemacht, die von vornherein den Keim zu Not und Elend oder der Auflösung in sich tragen. Das Gesetz ist die folgerichtige Ergänzung des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.

West-östlicher Diwanstreit

Die beherrschenden Faktoren in der Weltpolitik sind nach wie vor der italienische-abessinische Konflikt, das unaufhaltsame Vordringen Japans in Nordchina und die mit allen Mitteln der Bestechung und Propaganda rücksichtslos arbeitende Wühlarbeit der dritten Internationale zur Durchführung der Weltrevolution und der Errichtung eines Weltsovietstaates unter bolschewistischer Diktatur in allen Ländern.

Die Welt ist in einer Krise. England als Weltmacht spürt die krisenhaften Einwirkungen am stärksten, nicht nur solche wirtschaftlicher oder sozialer Natur. England ist machtpolitisch an vielen Ecken seines Riesenreiches bedrängt. Nicht nur im Mittelmeer sind Englands Stützpunkte von ihrem hehren Piedestal gestürzt. Im Fernen Osten dräuen schwere Wolken. Darum sucht England sich seine Bewegungsfreiheit in Ostasien wieder zu sichern. Die chinesische Regierung hat am 2. Dezember gegen Japans Vorgehen in Nordchina Protest erhoben. In der Unterhausansprache am

5. Dezember in Verfolg der Chronrede hat Sir Hoare mit aller Deutlichkeit den Gesichtspunkt hervorgehoben, der für die Lösung des italienischen Afrikakrieges in Betracht komme. Die vorgesehene Lösung soll für alle beteiligten Parteien tragbar sein. Inzwischen geht die Suche nach einer allgemein befriedigenden gütlichen Lösung weiter. Die Pariser Gespräche zwischen Laval und Sir Hoare haben Vorschläge gezeitigt, die Mussolini wohl befriedigen könnten. Italien soll größere Teile der Provinz Tigre erhalten. Noch läßt aber die Hartnäckigkeit des Duce jegliches Entgegenkommen vermiffen.

Jeder Tag bringt neue Beweise für die weltumspannende Tätigkeit des „Generalstabes der Weltrevolution“. In Jugoslawien wurde eine kommunistische Organisation aufgedeckt, in Atermann in Rumänien dergleichen. Dieser gehörten 39 Kommunisten an, von denen 4 erst kürzlich aus Moskau zurückgekehrt waren. In Ugram gelang es der Polizei, den geheimen Zentralausschuß der kommunistischen Partei Südslawiens zu verhaften.

Unter den Verhafteten waren 7 Juden, darunter zwei Töchter eines jüdischen Bankiers.

In Indien hat eine scharfe Heße eingesetzt, um einen Aufruhr der Arbeiter, Bauern und des Kleinbürgertums anzuzetteln, wie der Vizekönig von Indien in einem Telegramm dem Staatssekretär für Indien meldete.

Die in Straßburg eingeleitete Untersuchung gegen den Sowjetagenten Eberlein hat die auffeherregende Tatsache ergeben, daß er aus Mitteln der Moskauer Komintern die französischen Kommunisten und ihr Presseorgan *L'Humanité* mit Geld unterstützte. Diese Zeitung hatte monatlich ein Defizit von 100 000 Fr. Er funktionierte als der Bankier der sämtlichen kommunistischen Parteien Europas.

Die französische Wochenschrift „National“, die von Pierre Taittinger herausgegeben wird, veröffentlichte einen Artikel unter der Ueberschrift: „Wer sind die Mörder?“ Danach haben in Frankreich vom Oktober 1924 bis Oktober 1935 von Kommunisten und Marxisten verübten Ueberfälle die Ziffer von 1424 erreicht. 32 Menschen wurden ermordet, 517 schwer verletzt und 1429 verwundet. Die blutigen Ereignisse von Toulon und Brest, sowie die Schießerei in Limoges, sind noch in frischer Erinnerung. Bei dem Ueberfall in Limoges von einer Schar der sogenannten Volksfrontler auf die Feuerkreuzler wurden 30 Personen schwer verletzt.

Man kann die Zahl dieser mit Waffengewalt vorgehenden Umstürzler noch beliebig vermehren. Die Londoner „Times“ veröffentlichte am 21. November einen bezeichnenden Artikel über die neuen Beschlüsse der Komintern über die Uenderung der Taktik im Auslande. Es soll vor allem eine starke Propaganda unter den Mitgliedern religiöser Jugendverbände und unter der farbigen Jugend entfaltet werden. Die Propaganda unter der farbigen Jugend wird einem aus 41 Mitgliedern bestehendem Vollzugsausschuß unter Führung eines Franzosen namens Raymond übertragen. Der Sitz dieser neuen kommunistischen Organisation befindet sich in Paris und Moskau.

Ganz besonders hat die Komintern es sich zur Aufgabe gesetzt, die italienischen Soldaten zu Gewalttätigkeiten gegen ihre Offiziere aufzuheizen. Erschlagt die Offiziere! Das ist die Losung, die ja auch in Brasilien der Kampftruf war.

Die bewaffnete Revolte im brasilianischen Staat Pernambuco hat wohl allen bisherigen Ereignissen die Krone aufgesetzt. Aus den bei den Revolutionären vor-

gefundenen Papieren geht auf das unzweideutigste hervor, daß in ganz Südamerika ein Aufstand ausbrechen sollte. Dieser Aufruhr kam der Welt ganz überraschend. Wird es den verantwortlichen Staatsmännern die Augen öffnen? Schon vor Monaten war es den amtlichen Stellen Brasiliens bekanntgeworden, daß sowohl in der Armee wie in der Arbeiterschaft eine starke bolschewistische Propaganda eingesetzt hatte. Infolgedessen wurde vor etwa 4 Monaten die kommunistische Organisation verboten. Dieser Aufstand hatte auch in den Kreisen der Arbeiterschaft und der Farmer wenig Anhänger. Es war daher nicht ein Ausdruck krisenhafter Spannungen, sondern ein mit Geld künstlich geschürter Aufstand unzufriedener Militärs unter der Leitung eines in Moskau geschulten Agitators, des ehemaligen Hauptmann Prestes. Diese mußten loschlagen auf Geheiß Moskaus, um die Unruhe in der Welt zu vergrößern. In der Moskauer Zeitschrift der kommunistischen Internationale war in einer Liste, die die Namen der Agenten der Komintern in der ganzen Welt enthält, auch der Name Prestes verzeichnet.

Es ist also gar kein Zweifel, daß der Aufstand, der auch die übrigen südamerikanischen Staaten umfassen sollte, von den Machthabern Moskaus geschürt worden ist. Erst in der letzten Zeit sind in Chile und Guatemala kommunistische Organisationen aufgedeckt und verboten worden.

Es ist die alte Erfahrung, die Kommunisten wenden je nach der Lage eine neue Taktik an und ändern sie je nach den besonderen Umständen. Bald tarnen sie sich national, bald stecken sie die internationale Flagge heraus und bereiten mit neuen Methoden den Kampf gegen die kapitalistischen Länder vor. Bald schüren sie die Gegensätze zwischen den farbigen und der weißen Welt, bald reden sie mit Engelszungen von „Frieden“ und der Notwendigkeit, diesen Frieden durch allerhand Pakte zu sichern, um sich die Bahn für ihre Umtriebe freizumachen.

Das Paktieren mit Frankreich, der Tschechoslowakei und Rumänien bezweckt nichts anderes als die Schaffung einer für die Bolschewiken günstigen Lage. Unter dem Deckmantel eines friedlichen Aufbaues und einer Festigung des Weltfriedens, werden die rein revolutionären Ziele verhüllt. Der Pakt mit Frankreich dient den Sowjetleuten in erster Linie dazu, wie Kadek in zynischer Offenheit verraten hat, eine Ausöhnung Frankreichs mit Deutschland zu hintertreiben. Nichts ist hierfür so bezeichnend wie die Taktik, die Moskau in Westeuropa anwendet. Nach Meldungen der Telegraphenagentur der Sowjetunion soll in London ein „Kongreß für Friede und Freundschaft mit der Sowjetunion“ am 7. Dezember zusammenzutreten. Die Veranstaltung geht von den englischen Gewerkschaften und anderen Organisationen aus, die den Bolschewisten in das Garn gelaufen sind. Auf diesem Kongreß soll über die Friedenspolitik der Sowjetunion, ihre Wirtschaft, die Kollektivierung der Landwirtschaft und das kulturelle Leben der Sowjetländer berichtet werden.

Es mutet wie ein Hohn auf die Wirklichkeit an, wenn man sieht, wie die „Friedensboten“ der Komintern in aller Welt mit feurigen Zungen den Weltbrand schüren, bald im Fernen Osten, bald im nahen Westen. Der Moskauer Diwan hat nur für die Wegbereiter des Klassenkampfes und Sendboten der Weltrevolution Platz. Japan schießt sich immer mehr an, auf diesem Diwan sich einen Platz zu erobern.

Die Rote Armee dient nur den bolschewistischen Angriffskriegen. Lenin hat das zu erstrebende Ziel in unzweideutiger Weise klargestellt: „Ein revolutionärer Krieg ist ein Krieg der sozialistischen Republik gegen die bürgerlichen Länder mit dem Ziel, die Bourgeoisie in den übrigen Ländern zu stürzen — einem Ziel, das . . . durch die sozialistische Armee durchaus gebilligt wird“.

Der künftige Krieg als Ausdruck des Klassencharakters wird auch von den andern Führern des Bolschewismus gepredigt. Frunse, der Nachfolger Trozki's, betont den Charakter des nächsten Krieges als revolutionären Klassenkrieg.

„Das wird“, sagt er, „kein Zusammenstoß wegen Kleinigkeiten sein, der eine schnelle Lösung finden kann. Nein, das wird ein Krieg zwischen zwei verschiedenen, einander ausschließenden gesellschaftlich-politischen Systemen sein.“

Der Jude Kadeß-Sobelsohn aber glaubt schon, daß das Banner der Weltrevolution über den Rhein nach Paris und weiter getragen wird.

Er schreibt: „Jeder Tag des Bestehens Sowjetrußlands ist eine große Arbeit für die Weltrevolution. Sie marschiert! Vorläufig nicht unter dem Rauschen der Fahnen, nicht unter dem Donner der Geschütze des Bürgerkrieges. Budjonnj trinkt seine Koffe nicht am Rhein, und die Abteilungen der roten Kurstanten kämpfen nicht in den Straßen von Paris zur Unterstützung der französischen Arbeiter. Aber, wer hören kann, der hört die Arbeit der Pioniere der Revolution.“

Nun, wir hören und wir wissen, wie wir dieser unterirdischen Pionierarbeit zu begegnen haben. Wenn die französisch-deutsche Zusammenarbeit fruchtbar gestaltet werden soll, dann wird Frankreich gut tun, seinem Russenpakt die Hörner abzubrechen. Caval spielt heute ein unmögliches Spiel. Man kann nicht die Freundschaft mit England intakt halten, dazu die Treue zum Völkerbund pflegen und gleichzeitig die Freundschaftsbande mit Italien sich erhalten sowie die Russenfreundschaft besiegeln.

Italien hat, was unterstrichen werden muß, die gesamte Mittelmeerfrage aufgerollt. Das erschwert die Lösung des abessinischen Streitfalles. Es hat seine Angriffe gegen Englands beherrschende Weltstellung im Mittelmeer gerichtet, es hat sich gegen den „Kerkermeister des Mittelmeeres“ gewandt. Die italienische Presse hatte Malta verlangt, das darf nicht vergessen werden. Das Mittelmeer ist kein italienischer See, kein mare nostrum. Frankreich beherrscht die westliche Kammer. Es bekundet durch die Errichtung eines neuen Kriegshafens an der afrikanischen Küste, in Mers el Kebir, nahe Oran, daß es diese Stellung nie aufgeben wird.

Giuseppe Bottai schrieb unlängst in der „Critica fascista“: „Auch der kalabresische Bauer fühlt, daß hinter dem abessinischen Problem die italienische Unabhängigkeit im Mittelmeer sichtbar wird. Er zitiert das Wort Mussolinis von der Welt der plutokratischen und konservativen Egoisten, die Italien nicht hochkommen lassen. Wenn Italien eine Stellung im Mittelmeer anstrebt, die ihm eine fast unbeschränkte Unabhängigkeit gewähren soll, dann wird es Englands Widerstand bis zum letzten herausfordern. Die Worte, die der erste Seelord, Lord Beatty, in einem Artikel an die Welt gerichtet hat, sind unmißverständlich: „Das Herrentum auf dem Meere ist also im Kriege eine Lebensbedingung für den Bestand unserer Nation und unseres Weltreiches. Es ist eine äußerst wirkungsvolle Waffe gegen den Feind und ein grundlegendes Element in jedem kollektiven Sicherheitspakt.“

England wird daher niemals auf die Erhaltung seiner meerbeherrschenden Stellung verzichten und wenn daher Italien dagegen anrennt, wird es sich blutige Köpfe holen. Es ist noch eine kurze Frist ihm gegeben, um seine Ansprüche in Ostafrika mit den gegebenen Realitäten in Einklang zu bringen.

Bisher sind die Waffenerfolge Italiens nicht so groß, daß die Aussicht besteht, Abessinien in kürzester Frist niederringen zu können. Auch der neue Oberkommandierende Badoglio kann von einem methodischen Vorgehen nicht abweichen und muß darauf bedacht sein, die Verbindungslinien auszubauen und zu sichern, ehe er sich auf eine große Kampfhandlung einläßt. Alle Meldungen, daß seitens Italien oder Abessinien die Vorbereitungen zu einer Entscheidungsschlacht getroffen worden sind, müssen daher mit Skepsis aufgenommen werden. Der Sterndeuter des Kaisers von Abessinien — wie der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ meldete — hat vorausgesagt, daß sich im Dezember an einem Donnerstag in der Dreiländerecke an der Dolo-front eine mehrtägige Schlacht entwickeln werde. Die Schlacht werde für die Abessinier einen glücklichen Verlauf nehmen. Eine Reihe von Kämpfen hat sich am Aborapaf, einem strategisch wichtigen Paß, der sich in der Landschaft Tembien befindet, entwickelt. Die Landschaft Tembien, in der die Italiener die Bevölkerung zu entwaffnen versuchen, befindet sich westnordwestlich von Makalle und südlich der Straße Makalle—Adua. Diese Karawanenstraße trennt die Landschaft Gheralta von Tembien. Bisher kann Tembien nicht als unterworfen gelten. Vorhutkämpfe haben bei Abbe Addi stattgefunden, das sich im Süden von Tembien befindet, etwa 55 Kilometer westlich Makalle. Gewiß befindet sich auch der Negus in einer höchst schwierigen Lage. Truppenmassen von 100 000 bis 400 000 Mann mit den nötigen Lebensmitteln zu versorgen, würde auch in einem europäischen Krieg nicht geringe Schwierigkeiten machen. Dazu kommt, daß die abessinischen Unterführer den Negus, der wohl am besten den Wert seiner Armeen kennt, zur Entscheidung drängen. Abessinien ist kein Staat im modernen Sinne des Wortes. Die einzelnen Landschaften sind erst seit Menelik's Herrschaft mehr oder weniger unter einen Hut gebracht worden. Jeder Mißerfolg kann also den Abfall dieser oder jener Provinz zur Folge haben. Der Negus wird daher alles aufbieten, um den Gegner langsam zu zermürben und den Kleinkrieg solange als möglich fortsetzen.

Inzwischen nehmen auch die Dinge in Ostasien eine Wendung, die das europäische Interesse ganz anders anziehen müßte. Die Zerreißung Chinas ist eine Tatsache geworden. Die fünf chinesischen Nordprovinzen befinden sich in japanischer Hand. Hier rollt sich ein Drama ab, das für die Geschichte Europas, ja der ganzen Welt von ganz anderen Ausmaßen sein wird als der italienische Griff nach dem Zügel in Ostafrika. Es ist nicht abzusehen, wann der japanische Festlandskrieg zum Stillstand kommen wird. Japan wird, solange die europäischen Verwicklungen nicht gelöst sind, seinen Vormarsch in China fortsetzen. Denn die Verachtung der chinesischen Politiker seitens der japanischen Heerführer, ist abgrundtief.

Seit Japan 1894 sich Korea sicherte, ist es von Jahr zu Jahr vorwärts geschritten. Denn alles Land, das es erobert hat, kommt als Siedlungsland nicht in Frage. In 10 Jahren hat das Reich des Mikado seine Bevölkerung um zehn Millionen vermehrt. Wenn dieser Bevölkerungsdruck sich nicht mindert, wird es eine Gefahr für ganz Asien und alle europäischen Besitzungen werden. Kommt aber eine Durchdringung Chinas durch Japan zustande, eine Art Aufsaugung Chinas, so wird die asiatische Welt sich langsam aber sicher gegen den Westen in Bewegung setzen. Schon heute sind die Augen Japans auf den Süden, das heißt, die holländischen und britischen Besitztümer gelenkt. Der Pazifik wird daher in nicht zu ferner Zeit der Schauplatz allergrößter Entscheidungen werden.

Die Machtverschiebungen im Fernen Osten

Von Dr. Paul Mohr.

Die Abspaltung der Nordprovinzen von China. — Japan marschiert. — Die Rolle der Kwantung-Armee. — Japan nimmt den Kohlenkeller Chinas in Besitz. — Asien den Japanern, nicht den Asiaten. — Eine Riesendachgesellschaft. — Macht hunger nach den Südseeinseln.

Der ferne Osten ist Europa allmählich recht nahe gerückt. Was einst als utopischer Fernruf klang, daß die Völker Europas ihre heiligsten Güter wahren sollten, wird bald als Binsenwahrheit erkannt sein. Der abessinische Krieg wird bald durch die sich in Ostasien abspielenden Dinge in den Schatten gestellt werden. Einige in europäischen Dingen erfahrene Diplomaten haben die Ansicht geäußert, daß es zu keiner kriegerischen Auseinandersetzung zwischen England und Italien kommen wird. Noch vor Weihnachten werde der Friede in Abessinien hergestellt sein. Der neue Friedensplan ist in Rom und Addis Abeba überreicht worden. Mussolini dürfte am besten wissen, was eine Verlängerung des Krieges in Abessinien bedeuten würde, wenn die verschärften Sanktionen in Kraft treten würden.

Der japanische Marinesoldat, der in dem chinesischen Stadtteil Hongkew auf einer Straße, die zur internationalen Niederlassung nach Schanghai führt, am 9. November ermordet wurde, starb den Japanern sehr gelegen. Japan konnte wieder seine Stärke zeigen und landete 1500 Mann Marinetruppen. Auch der Feldzug zur Eroberung der Mandschurei wurde durch die Ermordung eines japanischen Hauptmanns ausgelöst.

In Hongkew leben sehr viele Japaner, es ist das Vergnügungsviertel Schanghais. Leicht kann es hier zu neuen Zusammenstößen, auch ohne politischen Charakter, kommen. Die japan-feindliche Stimmung löste sich auch nach der Bluttat wieder aus, indem japanfeindliche Handzettel verteilt wurden. Jede private Reiberei oder Zwistigkeit kann auf diesem heißen Boden die unter der Oberfläche glimmenden Funken zu hellen Flammen lichterloh aufschließen lassen. Die Bevölkerung, die die Wiederholung der Ereignisse von 1932 fürchtete, floh in Massen aus dem unter japanischer Verwaltung stehenden Teil Schanghais.

Auch aus Nordchina ist ein Teil der wohlhabenderen Bevölkerung geflohen und hat seine Kostbarkeiten, Bücher, Kunstschätze, und seine Silbervorräte mitgenommen, um nicht durch die Autonomistenbewegung in den fünf nördlichen Provinzen um Hab und Gut gebracht zu werden.

Sehr bald setzten in Nordchina die Vorbereitungen zur Ausrufung eines unabhängigen Staates ein. Japanische Truppen sammelten sich hinter der großen Mauer. Schon am 15. November hatten ein paar hundert Freischärler die Dscheholgrenze in südlicher Richtung überschritten und traten als „Vorhut“ einer imaginären „Armee des unabhängigen Nordchina“ auf. Der Führer dieser Bande wurde aber alsbald verhaftet. Die Separatisten witterten eben Morgenluft. Hinter ihnen stand ja und steht noch die Kwantung-Armee, deren Führer unbekümmert um die Politik des japanischen Außenministers Hirota das Gesetz des Handelns bestimmen. Immer schärfer treten als die Verfechter dieser rücksichtslosen Eroberungspolitik der General Tada und ganz besonders der Generalmajor Doihara hervor.

Ihr Programm ist die Bekämpfung des Bolschewismus und der Schutz Nordchinas vor kommunistischen Antrieben. Sie haben der chinesischen Regierung die Rückeroberung Sinkiangs und der Außerer Mongolei angeboten gegen Anerkennung der Mandschurei. In Chinesisch Turkestan, das heute Sinkiang genannt wird, einem Gebiet

von der doppelten Größe Deutschlands, jedoch nur mit 2 Millionen Einwohnern, haben die Sowjetrussen politisch und wirtschaftlich die Vormacht an sich gerissen, obwohl es staatsrechtlich zu China gehört. Durch die Turksibbahn und verschiedene Autostraßen ist der Sowjeteinfluß hier stark im Wachsen. Hat hier Moskau erst festen Fuß gefaßt, dann kann es leicht in das Zentrum Chinas vorstoßen und durch seine Sendboten die chinesischen Außenprovinzen aufwiegeln. Ähnlich liegen ja auch die Verhältnisse in der Außerer Mongolei, das gleichfalls ein Tummelplatz sowjetrussischer Einflüsse geworden ist.

Wenn die japanischen Generalführer hier die Ansicht vertreten, daß der Angriff die beste Parade ist, so verstehen sie es doch sehr wohl, die eigenen Wünsche und Japans höchste Belange unter dem Zeichen der kommunistischen Bekämpfung zu tarnen.

Seit der Verkündung der japanischen Monroedoktrin im Frühjahr 1934 ist die japanische Militärpolitik von einer Aktivität geworden, die vor keinem Hindernis zurückweicht. Die Forderungen, die die Armeeführer zwecks noch verstärkter Aufrüstung an den Finanzminister gestellt haben, haben schon mehrfach zu schweren Konflikten geführt. Die auf die Wehrmacht entfallenden Ausgaben betragen bereits 47 Prozent des gesamten Staatshaushaltes. Es sind 1059 Millionen Yen für die gesamte Wehrmacht im neuen Haushalt bewilligt worden, davon entfallen 508 Millionen auf das Heer und 551 Millionen auf die Marine. Fast hätten die Forderungen des Heeres zu einer Kabinettskrise geführt, da Japans Finanzlage keineswegs rosig genannt werden kann.

Die fünf chinesischen Nordprovinzen, auf die jetzt die Vertreter der Kwantung-Armee ihre ganze Aufmerksamkeit konzentriert haben, haben eine Bevölkerung von 80 Millionen und eine umfassende Fläche von mehr als eine Million Quadratkilometern. Um sie zu beherrschen, reichen die verfügbaren Kräfte der Kwantung-Armee nicht aus. Japan sucht daher aus der Bevölkerung heraus sich die nötige Unterstützung zu sichern. Als der mächtigste Mann in ganz Nordchina gilt der chinesische Oberkommandierende, der General Sung-Tscheh-Nuan, der die 29. Armee in Tientsin und Peiping befehligt. Der politische Berater der Kwantung-Armee, der Generalmajor Doihara, hat all seinen Einfluß aufgeboten, um General Sung zu bewegen, sich für die chinesische Unabhängigkeitsbewegung zu entscheiden. Es ist auch den interessierten Kreisen gelungen, den General zur Absendung zweier Telegramme an die Nanjingregierung zu bewegen, in denen die Beendigung der Periode der politischen Vormundschaft durch die Kuomintang-Partei und Wiederherstellung der Volksrechte gefordert wurde und im zweiten Telegramm finanzielle Autonomie Nordchinas. Damit war allerdings nichts über eine etwaige Absonderung gesagt worden. Bezeichnender Weise schrieb die japanische Zeitung „Nishi Nishi“, daß die Aussprache zwischen dem General Tada und General Sung eine epochemachende Aenderung in Nordchina herbeiführen werde.

Von den Autonomisten war die Ausrufung der Unabhängigkeitserklärung schon auf den 20. November festgesetzt worden. Nach einer Besprechung des japanischen Botschafters mit Tschiang-Kai-Scheh wurde aber der Termin hinausgeschoben.

Trotzdem hat die epochemachende Aenderung unter dem wachsenden Druck der japanischen Militärs nicht sehr lange auf sich warten lassen. Japanische Truppen in Stärke von 12 000 Mann überschritten am 26. November die chinesische Mauer beim Kupeikupaf und drangen in die entmilitarisierte Zone von Ostthoei ein, wo zuerst in Tungtschau die Selbständigkeit der Provinz durch den abtrünnigen General Nin-Ju-Keng ausgerufen war und ein sog. autonomer Rat gebildet worden.

Kleinere japanische Abteilungen besetzten den Tag darauf die Eisenbahnlinie Schanghaiwan, Tientsin und Peiping. Der Bahnverkehr Tientsin—Pukau wurde vollkommen unterbrochen und auch der Telephonverkehr unter die Kontrolle von Japanern gestellt.

Auch andere strategisch wichtige Punkte wurden von den Japanern besetzt. Damit hat der unterirdische Krieg Japans, dieser Krieg ohne Kriegserklärung, gegen China aufs neue begonnen. Nordchina befindet sich in Wirklichkeit in japanischer Hand und ist gegen das übrige China militärisch abgeriegelt worden. Die Führer der Kwantung-Armee haben einen bedeutsamen Schritt nach vorwärts getan und Japan eine neue Schutzwehr geschaffen.

Zur Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung haben die japanischen Truppenführer den chinesischen Behörden die Mitteilung zukommen lassen, daß drei japanische Divisionen aus Mandschukuo (etwa 30 000 Mann) nach Tientsin kommen würden, für die die chinesischen Behörden Unterkunft besorgen sollten.

Der drohende Abfall der nordchinesischen Provinzen hat die Nankingregierung veranlaßt, noch in letzter Stunde sich zur Wehr zu setzen und die Autonomisten vor der Errichtung eines unabhängigen Staates zu warnen und zu diesem Zweck den Kriegsminister Ho nach dem Norden entsandt, um mit dem Gouverneur von Schantung zu verhandeln. Die Nankingregierung möchte unter allen Umständen das Gesicht wahren und hat auch Truppen nach dem Norden entsandt. Sie hat den Vorschlag gemacht zur Schaffung eines politischen Rates für die fünf Nordprovinzen. Dieser Rat soll zwar ein gewisses Maß von Unabhängigkeit erhalten, jedoch nach wie vor Nanking unterstellt bleiben.

Nach den neuesten Meldungen soll es zu einer Einigung zwischen dem militärischen Vertreter Japans Takahashi und der Nankingregierung gekommen sein. Danach wird das Wort Autonomie nicht gebraucht werden. Vielmehr sollen nur die beiden Provinzen Hopei und Tschachar einen politischen Rat erhalten, der in Peiping residiert. Den Vorsitz dieses Rates soll der General Sung-Tscheh-Huan führen, während die Mitglieder aus japanfreundlichen Kreisen entnommen werden sollen. Damit ist eine Zwischenlösung zustande gekommen, die wohl nur von kurzer Dauer sein wird.

Japans Forderungen sind nach wie vor die Anerkennung Japans als einer aufsteigenden Macht im Osten. Diesen Gesichtspunkt hat der japanische Außenminister in einem Gespräch mit dem früheren Außenminister Wang, der noch an den Nachwehen des auf ihn verübten Attentates leidet, in scharfer Weise zum Ausdruck gebracht. Hirota betonte, daß es notwendig wäre, daß sich China von einer Abhängigkeit von Europa und Amerika löse und betonte die neue Stellung Japans in Ostasien. Nicht Asien den Asiaten, nein, Asien den Japanern, das ist die Forderung Japans.

Die Errichtung eines japanischen nordchinesischen Vasallenstaates, das in Wirklichkeit von Nanking unabhängig sein wird, ist unaufhaltsam — wenn nicht in letzter Stunde die an dem chinesischen Reich hauptsächlich interessierten Großmächte dem Vordringen Japans ein Halt gebieten. Die Verletzung des Washingtoner Neunmächteabkommens ist offensichtlich. Japan wird die offene Tür in den fünf Nordprovinzen genau so schließen, wie in der Mandschurei und Korea.

Die chinesische Regierung hat durch ihre Botschafter in London und Paris gegen das Vorgehen Japans einen Protest eingelegt. Doch haben weder die britische Regierung noch die französische oder amerikanische bisher irgendwelche Schritte unternommen. Japan bzw. die Generalstäbler der Kwantung-Armee benutzten Europas Schwierigkeiten, um ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Ueber das japanische Außenministerium hinweg, gehen sie unbeirrt weiter.

Die Warnung, die Amerika und England durch ihre Außenminister an die Adresse Japans gerichtet haben, haben keine Beachtung gefunden. Die Vereinigten Staaten, führte der Außenminister Hull aus, seien genau so wie andere Mächte an dem Schicksal des chinesischen Reiches interessiert und verfolgen die „ungewöhnlichen Entwicklungen“

mit großer Sorgfalt. Hull warnte vor Versuchen, in Nordchina wesentliche Änderungen politischer Natur herbeizuführen, die sowohl den zwischenstaatlichen Verträgen wie den Belangen Amerikas und anderer Staaten hinsichtlich des Grundsatzes der offenen Tür widersprächen.

Das Ziel, das die japanischen Generalstäbler verfolgen, deutet nicht gerade darauf hin, daß die offene Tür erhalten bleiben soll. Ihr wahres Ziel ist die Sicherung des japanischen Rohstoffbedarfs unter der Obhut der Armee. Zu diesem Zweck ist bereits eine japanisch-mandschurische, chinesische Gesellschaft unter dem Namen K o c h u K u n g s u mit einem Kapital von 20 Millionen Yen gegründet worden. Die Gründer sind die japanische Regierung, die Regierung der Mandschurei und die südmandschurische Eisenbahngesellschaft. Die Südmandschurische beteiligt sich mit einem Viertel. Später soll das Kapital auf 50 Millionen Yen gebracht werden, eine Summe, die wohl kaum reichen wird, um nur einige der groß angelegten Pläne zur Durchführung zu bringen.

Die Leitung der neuen Gesellschaft soll aus 7 Direktoren bestehen. Zum Präsidenten ist auf besonderen Wunsch der Kwantung-Armee der Japaner Sago ausersehen. Sago ist Jurist und war vorher Direktor der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft.

Die neue Gesellschaft, die eine Dachgesellschaft ist, wird ihre Tätigkeit auf Bergbau, Verkehrswesen, Außenhandel und Baumwollanbau richten. Ganz besonders soll der Kohlenbergbau gefördert werden. Japan könnte, wenn es die fünf Provinzen ausbeutet, 85 Prozent seines Kohlenbedarfs hieraus ziehen und den größten Teil der benötigten Eisenerze, an denen Japan einen Bedarf von 2,5 Mill. t hat.

Bei dem gewaltigen Reichtum Nordchinas an Kohlen und Erzen wird die Gesellschaft bald eine Bedeutung erlangen, die die der Südmandschurischen weit übertreffen wird. Zuvorderst sollen die Provinzen Schansi und Tschachar durch Eisenbahnen erschlossen werden, während man in Schantung Baumwollanbau betreiben wird. Heute bezieht Japan fast ein Viertel der amerikanischen Gesamtausfuhr aus den Vereinigten Staaten. Der Baumwollanbau in der Mandschurei erbrachte 275 000 Ballen, während aus den Vereinigten Staaten 1934 1,85 Mill. Ballen bezogen wurden. Die Provinz Schantung soll binnen fünf Jahren soviel Baumwolle erzeugen, daß die Unabhängigkeit Japans gesichert ist. Schon heute sind von den rund 75 chinesischen Baumwollspinnereien 40 im japanischen Besitz. Die übrigen befinden sich schon teilweise unter dem Einfluß der japanischen Banken.

Das Vordringen Japans wirft Probleme auf, die weit hinausreichen über das Problem der raumbeengten Völker. Immer ungestümer wird das Verlangen, nach dem Süden vorzudringen und sich in den Besitz der Südseeinseln zu setzen.

In einer von dem japanischen Kriegsministerium herausgegebenen Flugschrift heißt es: „Es gibt einige Nationen und Völker mit großen Länderebesitzungen und mit natürlichen Hilfsquellen, die für sie mehr als hinreichend sind und die sie auf Grund derselben Vorteile genießen, die ihnen nicht durch eigene Arbeit, sondern dadurch zufließen, daß sie einfach den Schweiß der schwächeren Rassen ausbeuten. Einer der Grundsätze der Welt muß darum lauten: Vernunftgemäße Teilung oder Neuverteilung von kolonialen Ländergebieten, Hilfsquellen und Bevölkerungen.“

Ein Marinekapitän aber schrieb: „Kurzfristig ist, wer darüber klagt, daß Japan zu wenig natürliche Hilfsquellen besitzt. Man führe sich vor Augen, daß in Ostasien und den Südseeinseln ungeheure Hilfsquellen zu finden sind, die für uns alle in Reichweite liegen. Wir brauchen eine Flotte, um stark genug zu sein, die Meere zu beherrschen.“

Blick nach außen

Deutschland und die Weltwirtschaft.

Der Reichsbankpräsident und beauftragte Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht hat in der letzten Zeit sich bereits viermal in verschiedenen Vorträgen über die wichtigsten Probleme der Weltwirtschaft in ihren inneren Beziehungen und in ihren Zusammenhängen mit der Entwicklung in Deutschland in sehr beachtenswerter Weise geäußert. Diese Darlegungen verdienen es, die allergrößte Verbreitung zu finden.

Vor dem Bund der Freunde der Technischen Hochschule in München führte Dr. Schacht aus:

Der Welthandel ist von 1850 bis 1910 von 16 Milliarden auf 160 Milliarden gestiegen. Diese Tatsache und all ihre Auswirkungen auf wirtschaftlichen, sozialen und kulturellem Gebiet, das ist der Begriff der Weltwirtschaft, den ich meinen Ausführungen zugrunde legen möchte.

Nachdem der Reichswirtschaftsminister die Faktoren des weltwirtschaftlichen Aufschwungs der Vorkriegszeit kurz geschildert hatte, kam er auf die der neuesten Zeit zu sprechen: Die Vereinheitlichung der Währungsverhältnisse, die in dem Sieg der Goldwährung gipfelte, und die Herausbildung internationaler Rechtsbeziehungen, die den Schutz des Privateigentums verankerten.

Den ausschlaggebenden Grund für den stürmischen Aufschwung des Welthandels liegt trotzdem weniger auf technischem und auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auf politischem. **Es ist ein Irrglaube anzunehmen, die Technik oder die Wirtschaft habe im vergangenen Jahrhundert die Geschichte der Menschheit bestimmt. Das Primat lag immer auf dem Gebiete der Politik und muß dennotwendig dort liegen.** Aber die Politik war damals ebenso auf eine Förderung der Weltwirtschaft eingestellt, wie sie heute leider dem gegenteiligen Prinzip huldigt.

Auch die Vorkriegszeit ist nicht ohne Rückschläge geblieben, sie wird aber von der Gegenwart weit übertroffen. Wertmäßig ist der Welthandel um zwei Fünftel, mengenmäßig um ein Sechstel unter den Stand von 1913 gesunken. Die Weltwirtschaft ist ganz beträchtlich zurückgefallen.

Die Gründe hierfür liegen darin, daß die Intensität des technischen Fortschritts stark nachgelassen hat. Unwälbende Erfindungen wie sie zu Anfang des Jahrhunderts vorgekommen sind, sind in den letzten Jahrzehnten kaum mehr erfolgt. Durch die Verlagerung der Weltwirtschaft ist sie auch krisenempfindlicher geworden. Der Tausch

von Fertigwaren untereinander schrumpft in der Krisenzeit leichter zusammen. In der gleichen Richtung wirkt die Ueberspitzung des Prinzips der internationalen Arbeitsteilung.

An sich bietet die Weltwirtschaft den ihr angeschlossenen Ländern den großen Vorteil, daß die Bedarfsbefriedigung auf eine unergleichlich breitere Basis gestellt wird. Ernteausfälle in Europa z. B. konnten durch Ernteüberschüsse in Argentinien oder Kanada leicht ausgeglichen werden. Erst der Welthandel hat das früher so gefürchtete Gespenst einer Hungersnot aus der Welt geschafft. So vorteilhaft aber eine gesunde Arbeitsteilung ist, so nachteilig kann eine Ueberspannung dieses Prinzips wirken. Je mehr sich die einzelne Volkswirtschaft auf Ausfuhr umstellt, und je mehr Länder sich am Welthandel beteiligen, desto stärker wächst die Krisenempfindlichkeit innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften. **Vor dem Weltkriege wie vor der Weltkrisis arbeitete rund ein Fünftel der deutschen Erwerbstätigen für den Export.** In England dürfte dieser Anteil noch wesentlich höher liegen, und wenigstens ähnliche Verhältnisse finden sich in den übrigen europäischen Industriestaaten. Eine Krise des Welthandels mußte daher erhebliche Teile der einzelnen Volkswirtschaften treffen, die Einzelkrisen in diesen Volkswirtschaften und dadurch wiederum — auf dem Wege über einen Einfuhrrückgang — zu einer weiteren Verschärfung der Welt handelskrise beitragen. Wenn sich ferner die Industrie eines Landes in zu starke Abhängigkeit von dem Auslandsbezug einer bestimmten Ware begibt, so vermag eine an sich geringfügige Erschütterung, z. B. eine Sonderkrise oder ein auf zwei kleinere Länder lokalisierten Krieg, Störungen in der ganzen Weltwirtschaft auslösen. Es gehört zu den wertvollsten, aber leider auch am teuersten erkaufte Erkenntnissen unserer Zeit, **daß die Außenwirtschaft eines Landes in einem kräftigen Binnenmarkt verankert sein muß.** Dafür spricht übrigens auch eine Reihe anderer Gründe. Um nur ein Beispiel zu nennen, kann die Preisgestaltung eines Exportgutes um so billiger werden, je größer der Binnenabsatz des gleichen Gutes ist.

Diese Erkenntnis ist der gesunde Kern der heute überall in der Welt aufgetauchten Autarkietendenzen. Sie haben eine Verstärkung erfahren durch die weitere Erkenntnis, daß moderne Kriege in hohem Maße Wirtschaftskriege sein werden. Die sogenannten Sanktionen, jene recht problematische Erfindung des Völkerbundes, müssen auf die Weltwirtschaft Auswirkungen haben, die sich

im einzelnen heute noch gar nicht übersehen lassen. Sie verstärken den Wunsch nach Autarkie. **Zu dieser „Verteidigungsautarkie“ ist noch eine „Prestigeautarkie“ getreten.** Der Verjüngung Vertrag hat eine Reihe neuer Staaten geschaffen, die für sich allein nicht unbedingt lebensfähig sind, diesem Ziel aber mit autarkischen Mitteln näherzukommen suchen. Die letzte und in ihren Auswirkungen bedrohlichste Form der Autarkie ist dann die „Zwangsautarkie“, auf die ich in späterem Zusammenhang noch eingehend zu sprechen komme.

Es ist also nicht zu leugnen, daß eine Reihe von Faktoren wirtschaftlicher Art auf eine Beeinträchtigung der Weltwirtschaft hinarbeiten. Aber alle diese Faktoren zusammen sind nicht so stark, daß sie den heutigen Zusammenbruch hätten verursachen können.

Man darf nämlich nicht vergessen, daß es keine wirtschaftliche Tendenz gibt, die nicht aus sich heraus eine gesunde Gegen Tendenz erzeugen würde. Der Welthandel liegt so sehr im Interesse aller Beteiligten, daß sich bei einem einigermaßen normalen Verlauf der Dinge eine weitgehende Konsolidierung hätte durchsetzen müssen. Wenn z. B. die Massenverbrauchsgüter innerhalb des Welthandels eine rückläufige Tendenz aufweisen, so liegt nichts näher als die Vermutung, daß dafür der Anteil der Qualitätsgüter erheblich zunehmen müßte; denn die menschlichen Bedürfnisse haben immer die Neigung, sich zu verfeinern. **Der heutige Autarkie- und Primitivitätskult ist mit einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung ganz unvereinbar.** Auch die Krisenempfindlichkeit wäre normalerweise teils durch die natürlichen Aufstrebenden, teils durch internationale Kartellabmachungen stark gemildert worden. Aber die Dinge sind nicht normal verlaufen. Der Weltkrieg hat eine gewaltige Fäule verursacht, die die Entwicklung aus ihrem Geleise herausgeworfen hat. Trotzdem wären die wirtschaftlichen Gesundungskräfte sicher noch stark genug gewesen, um an irgendeiner Stelle an die unterbrochene Entwicklungslinie wieder anzuknüpfen. Aber nun kam das Entscheidende. **Die Politik derjenigen Mächte, die im Weltkriege als Sieger hervorgegangen sind, hat diese Wiederherstellung künstlich verhindert.**

Bericht aus Uruguay

Von einem Freunde unseres Blattes ist uns beifolgender Bericht aus Uruguay zugegangen, der auch unsere Leser einen Einblick in die Siedlungsarbeit gewährt. Es handelt sich um eine Denkschrift der Kolonie Francia (Palermo) für den Banco Hipotecario, Montevideo, vom 30. Juni 1935.

Die Kolonie Francia im Depto. Florida, welche im November 1931 von dem Banco

Hipotecario gegründet wurde, umfaßt 25 Chacras mit einem Gesamtflächeninhalt von etwa 2000 Hektar.

Von diesen 25 Chacras sind 22 für den Ackerbau in Bewirtschaftung genommen. 25 Familien haben sich hier angeiedelt mit einer Kopfszahl von 180. Diese stehen zurzeit im Pacherverhältnis zum Banco Hipotecario.

Von diesen 25 Familien sind 12 als fremdstämmig zu bezeichnen. Diese Fremdstämmigen sind aber schon viele Jahre in Uruguay ansässig. Sie waren alle in ihren Stammländern Ackerbauer gewesen.

Im Vertrauen auf den Banco Hipotecario haben die Kolonisten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften, und dies war in den weitaus überwiegenden Fällen nur die eigene zahlreiche Familie, den Kampf urbar gemacht.

Dieser Urkamp, uneingezäumt, war alles, was wir vorgefunden haben, und mit den wenigen Besos, die kaum als Kapital angesprochen werden konnten, sind wir an die Pionierarbeit herangegangen. Unentwegt, ob Erfolg oder Mißerfolg, haben wir jetzt drei Jahre hinter uns.

Im ersten Jahr Heuschrecken, im zweiten Jahr Heuschrecken, im dritten Jahr Heuschrecken, doch gab uns das dritte Jahr eine Zuversicht mit auf den Weg, wir konnten die Heuschrecken mit Erfolg bekämpfen — unsere Ernte aber wurde von dem Friedensrichter mit Beschlag belegt!

Unsere Verschuldung war über das Maß des Tragbaren hinausgewachsen. Die uruguayischen Kolonisten fanden Hilfe zum Teil bei ihren Landsleuten. Die Fremdstämmigen, welche alle ihre Mittel aufgezehrt hatten und bei dem Banco Hipotecario hoch verschuldet waren, erhielten durch das Eingreifen deutscher privater Kreise aus Montevideo Hilfe. Ohne diese Hilfe wäre dieser Teil der Kolonisten zum Abwandern gezwungen.

Die Hilfe des Banco Hipotecario im Erlaß eines Teiles der Rente, die gewiß einen sehr schätzbaren Vorteil für die Kolonisten darstellt, hat, war nicht umfassend genug und hätte die Verarmung der Kolonisten nicht aufgehalten.

Die Weltkrise, die auch heute alle südamerikanischen Staaten umfaßt, hatte wohl die Grenze des Möglichen, im Erlaß der Rente, dem Banco Hipotecario den Weg vorgezeichnet.

Wie wir jetzt mit ziemlicher Sicherheit feststellen können, ist der Ertrag des Weizens pro Hektar im Durchschnitt in der Kolonie Francia etwa 600 bis 700 Kilogramm. Dies sind Zahlen eines normalen Jahres und hiermit haben wir zu rechnen. Diese Erträge decken sich keineswegs mit den Ernteerträgen anderer weizenbauender Departamen-

tos, die normal das Doppelte ernten, auch stehen diese Zahlen in keinem Verhältnis der „Semillería Nacional Estanzuela“ („Quince años de trabajo fitotécnico en el Uruguay“, cap. trigo, pág. 381 bis 454, von Prof. Dr. Albert Boerger).

Der Banco Hipotecario, welcher bei der Gründung neuer Kolonien sich in erster Linie von der Ertragsfähigkeit des Bodens leiten läßt, hat sicherlich vorausgesetzt, daß die Erträge der Ernte auch hier bei uns im Verhältnis zum Bodenpreis stehen.

Dieser Grundfaktor, auf welchem jedes Geschäft sich aufbaut — also auch unsere Weizenproduktion — dürfte hiermit eine grundlegende Aenderung erfahren, wenn die Kolonie eine lebensfähige bleiben soll.

Wenn in dieser Denkschrift auf eine Ausföhrung von volkspolitischen Gesichtspunkten verzichtet werden muß, so bildet diese doch einen sehr wichtigen Bestandteil der Kolonisation. Dies muß hier klar hingestellt werden.

Die Richtung, welche die Hypotheken-Bank bei der Kolonisation einschlägt, bezweckt, die Leistungsfähigkeit des Bodens voll auszunutzen, doch darf diese in den ersten Jahren nicht auf den reinen Geldgewinn hinarbeiten. Die natürlichen Quellen des Landes — die zukunftsreichen Ackerbaustellen — haben erst eine Sicherheit durch Ausbreitung und Stärkung der Besiedlung zu erlangen. Je größer und gefestigter die Verdienstmöglichkeiten erscheinen, je eher wird der Siedler sich zur Selbstfinanzierung entschließen. Es ist dies nicht nur wirtschaftlich, sondern auch psychologisch richtig gesehen. Denn der heute noch sehr schwere Entschluß, auf den Kampf zu gehen und zu siedeln, wird nicht so sehr unter dem Druck der Arbeitslosigkeit vor sich gehen, als vielmehr durch die Aussicht auf einen angemessenen und sicheren Verdienst.

Kolonisation als Hilfsanker gegen eine Krise ist ein lebensschwaches Kind. Die Kolonisation soll die Folgeerscheinung eines wirtschaftlichen Aufschwunges sein, eine Gesundung. Zu diesen volkspolitischen Gesichtspunkten möchten wir noch einen Schlusssatz hinzufügen.

Alle blühende Kolonien (Colonie Suiza) haben ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt und geben dem Direktorium der Hypothekenbank somit die besten Ausgangspunkte, um neue Gruppen zu gründen. Diese bilden, wenn das wirtschaftliche Maß nicht unterschritten wird, dem Kapital Anreiz zur Beteiligung (Industrie).

Unsere Kolonie Francia, welche zur Landeshauptstadt und zur Bahn eine sehr gute Lage hat, ist bewertet.

Die Grundpreise des Landes, die als das Fundament und als das Lebensmaß unserer Aufbau- und Ausbauarbeit anzusehen sind, sind unter den heutigen sich ergebenden Verhältnissen als viel zu hoch angesetzt. Der Preis pro Hektar beträgt 103 bis 114 Pesos. Nach der Lage des Wirtschaftsmarktes sind diese Preise für uns nicht tragbar. Eine lebensfähige Aufbauarbeit, die unsere Kinder dereinst fortsetzen sollen, ist nicht möglich, alle sich hieraus ergebenden Sorgen und wirtschaftlichen Hemmungen sind der Hypothekenbank auf das eingehendste bekannt. Nach Möglichkeit hat die Bank auch Abhilfe zu schaffen versucht (Zinsersaß).

Unsere Lage hat uns veranlaßt, umfassende Einschränkungen vorzunehmen, die durchaus nicht als Vorteil, weder für uns noch für die Allgemeinheit, anzusehen sind. Wir Kolonisten sind nicht Selbstversorger, wie man dieselben heute noch zum Teil in gewissen Gegenden Brasiliens und im Chaco antrifft. Der Kolonist ist hier in dem feinstmaschigen Wirtschaftsgetriebe des Landes eng verknüpft. Dies bedingt die hervorragende Lage Uruguays als Einfallstor der reichen La Plata-Länder. Störungen in der Wirtschaft ergibt Rückschläge für den Siedler; dieser darf jedoch in den ersten Jahren, bis Reserven gespeichert, nicht in seiner Pionierarbeit gehemmt werden.

Der Lebensstandard eines Kolonisten in unserer Kolonie entspricht nicht den Ansprüchen eines Standes, welcher das „tägliche Brot“ schafft.

Der Stand des Ackerbauers auf dem Kampf, der zu den geachteten des Landes zählen sollte, steht heute noch auf der primitivsten Stufe und ist als wirtschaftlicher Konsument nicht hoch zu werten. Er bildet eine Kaufkraft nicht, und das Kapital hat wenig Neigung, ihm Kredit zu geben.

Nur durch unsere grenzenlose Anspruchlosigkeit an alle Dinge des täglichen Lebens haben wir es vermocht, uns über die schwersten Jahre hinwegzuhelfen. Der hohe Preis des Landes gibt eine Unsicherheit, die sich überall ungünstig auswirkt. Obstgärten, gute Einzäunungen und feste Häuser als sichere Kapitalanlagen fehlen völlig. Alle Lebensansprüche sind auf das weitgehendste zurückgeschnitten. Wir Kolonisten in Uruguay, die an den größten Aufgaben des Landes mitzuarbeiten haben, nämlich die natürlichen ertragreichen Quellen des Landes zu erschließen, finden diesen Zustand als nicht gerecht. Geben Sie uns das Land zu Bedingungen, die für den Kolonisten einen angemessenen Verdienst in sich schließen, und Sie gehen einen sicheren Weg, eine gesunde und zahlreiche Bevölkerung auf dem Kampf zu gewinnen.

Die Höhe der Kultur eines Landes wird bewertet nach dem Lebensstandard des Ackerbauers. Wir können Uruguay, welches an der Hauptschlagader des Weltmarktes liegt, nicht mit entfernt liegenden Ländern wie Teile Brasiliens und Afrikas vergleichen. Eingeschaltet in das Wirtschaftsgetriebe der Welt fühlen wir uns mit der vorwärtsschreitenden Zeit zu neuen Aufgaben verpflichtet.

Das Fundament des Volkes ist der Bauer! Wir haben die Ehre und die Gelegenheit, Ihnen unsere Wünsche, Sorgen und Nöte vorzutragen. Wir möchten Sie bitten, Vergleiche und Nachprüfungen über unsere Auffassung der Lage in unserer Kolonie zu machen.

Kolonialbolshewismus im Angriff.

afi.—, im November 1935. Seit Monaten hält der Abessinien-Konflikt die Welt in Atem. Aus einem lokal begrenzten Kolonialstreit ist ein Problem geworden, an dessen Lösung viele Staaten, die von den verschiedensten Gesichtspunkten aus urteilen, ein lebhaftes Interesse zeigen.

Bezeichnend und von dem Standpunkt aller anderen Länder grundsätzlich abweichend ist die Stellungnahme Moskaus. Wenn Litwinoff als eifrigster Befürworter scharfer Sanktionen gegen Italien auftritt, wenn die Komintern überall für Abessinien agitiert, so hat das mit einer Sympathie für Abessinien oder den Völkerverbund nicht das geringste zu tun.

Die Sowjetpresse gibt offen zu, daß das Stück gleichen Weges mit der Politik eines „imperialistischen Staates“ — gemeint ist natürlich England — lediglich Taktik sei. Man rechnet vielmehr nach der „Iswestija“ darauf, „daß die Ereignisse zu einer Entfesselung derjenigen Kräfte in Europa führen, die allein geeignet sind, die Kolonialvölker vor der Versklavung zu bewahren“. Moskau hofft also, daß ein englisch-italienischer Konflikt Wirren entfacht, die die Massen des sogenannten „Weltproletariats“ zur allgemeinen Revolutionierung des Abendlandes ausnutzen werden.

Weltrevolution ist der Sinn der gut getarnten „Völkerverbundsprinzipien“ der Moskauer Drahtzieher, und die Revolutionierung der Kolonialvölker ist der eigentliche Beweggrund für ihre „Abessinien-sympathien“. Ohne jede Rücksicht auf ihre Genfer Verbündeten wählen sie überall.

Am 18. September beschloß der kommunistische Parteiverlag in Moskau, die Reden des VII. Weltkongresses, die ausschließlich der Unterhöhlung der staatlichen Ordnungen und der Aufwiegelung der kolonialen Völker dienen, in allen Sprachen und in einer Auflage von sechs Millionen Exemplaren über die ganze Welt zu verbreiten.

Hand in Hand mit dieser Propaganda geht eine weiße Heze zum roten Aufbruch, besonders gerade auf dem Territorium des bedeutendsten Genfer Partners, auf dem Gebiet des Britischen Imperiums.

Mitte Oktober tobten in den Zuckerplantagen Britisch-Guayana schwere Unruhen. Ein englisches Kriegsschiff mußte zum Schutz der Europäer nach der Hauptstadt Georgetown gesandt werden. Der dortige Kolonialsekretär beschwor in einem offenen Brief die Bevölkerung, doch nicht eine Regierung, die im Abessinien-Konflikt helfen wolle, zu hindern. Herr Litwinoff in Genf mag diesen Brief mit einem verständnisvoll-zynischen Lächeln quittiert haben. Jedenfalls konnte er einige Tage später wieder einen Erfolg der kommunistischen Angriffstaktik auf seinen Genfer Verbündeten verbuchen.

Auf den Windward-Inseln, den britisch-westindischen Besitzungen, nahmen die roten Agenten den Abessinien-Konflikt zum Anlaß für eine aufrührerische Heze gegen die englische Verwaltung. Blutige Unruhen brachen in Kingstown auf St. Vincent aus, Brücken wurden zerstört und Barrikaden errichtet. Die Ruhe konnte erst durch das Eingreifen eines englischen Kreuzers wiederhergestellt werden.

In Indien drückten die Kommunisten lebhafte ihre „Sympathien“ für Englands Vorgehen in Genf durch Bombenanschläge auf dem Neu-Delhi Bahnhof aus. Durch Verteilung entsprechend aufrührerischer Flugblätter wurde diese „Freundschaftsbezeugung“ noch unterstrichen.

In Afrika hezten amerikanische Neger als Abgesandte Moskaus in fast sämtlichen Hafenstädten der indischen und atlantischen Küste. Ist die schwarze Hautfarbe für diese Landfremden schon eine gute Tarnung, so gleichen sie sich auch in der Kleidung den Einheimischen völlig an, und nur der amerikanische Akzent verrät hier und da ihre Herkunft. In Port-Saïd und Port-Sudan benutzen diese Amerikaner als Ausgangspunkt ihrer Agitation das augenfällige Beispiel des italienisch-abessinischen Konfliktes. In den Negervierteln Mombassa und Dar es Salaam haben sie das Schlagwort des so lange verpönten Negerführers Garvey: „Africa den Africanern“ wieder ausgegraben. An der durch die Tätigkeit der europäischen Mission stark beeinflussten Westküste arbeiten die Moskauer Sendboten jedoch in christlicher Tarnung. In Afrika z. B. artete eine Regerversammlung der „Rutherfordischen Bibelforscher“ mit dem Vortragsthema „Der bevorstehende europäische Krieg und der Untergang der weißen Rasse“ in eine rein kom-

munistische Demonstration mit roten Fahnen und Abzeichen aus.

„Der bevorstehende europäische Krieg“ — Moskau weiß ganz genau, wie es seine Parolen am zugkräftigsten formuliert. Moskau weiß aber ebenfalls, daß es seine Weltrevolutionstheorie in aller Welt offen und ungehindert betreiben kann; denn die „Friedensschwüre“ Litwinoffs in Genf werden noch immer für bare Münze genommen, obgleich die kommunistischen Unruhen und Aufstände in Westindien, Asien und Afrika die eklatantesten Beweise für seine Heuchel- und Intrigenpolitik sind. Woche um Woche häufen sich die Beweise, daß Moskau die Westindien-Affäre lediglich für seine Zwecke ausschaltet, im Völkerbund zur Schaffung einer möglichen „günstigen“ Konstellation für den so heiß herbeigesehnten europäischen Krieg und auf seinen Agitationsfeldern in der Welt für die Revolutionierung der Kolonialvölker.

Wenn Europa aber weiterhin vor dieser Tatsache die Augen schließt, kann gar zu leicht einmal Wirklichkeit werden, was jene kommunistische Bibelforscher-Versammlung in Afrika in ihrem Untertitel weisagt:

Der Untergang der weißen Rasse!

Rohstoffe und Kolonien.

Die bekannte britische Monatschrift „The Crown Colonist“ beschäftigt sich an leitender Stelle im Anschluß an die bekannten Ausführungen Sir Samuel Hoares in Genf mit der Frage der Beschaffung von tropischen Rohstoffen für die Länder, die über eigenen Kolonialbesitz nicht verfügen. Das Blatt sagt: Die Kolonialfrage träte selbst unabhängig von dem Ausgang des italienisch-abessinischen Konflikts immer deutlicher in die Sphäre internationaler Besprechungen und Verhandlungen. Eine solche Entwicklung könne — politisch gesehen — nicht als unwillkommen betrachtet werden, solange man kaltblütig und weitsichtig an das Kolonialproblem herangehe. Bei der Kolonialfrage müsse man aber auch überlegen, was zu tun sei, um die kulturell und zivilisatorisch rückständigen Völker und Rassen zu entwickeln und zu fördern.

Die von Italien, Deutschland und anderen Ländern betriebene Kolonialpropaganda sei, so meint der Crown Colonist, weniger wirtschaftlich als politisch orientiert. Der Gedanke aber, daß Afrika in hervorragendem Maße Möglichkeiten für die Besiedlung durch Weiße biete, sei durch die Erfahrung widerlegt worden in den Teilen Afrikas, in denen Europäer seit Jahren die Möglichkeit zur Niederlassung haben.

Die Möglichkeiten Afrikas als Rohstoffquelle für Europa seien allerdings noch nicht voll erkannt oder erschlossen worden. Man dürfe nicht daran zweifeln, daß es allein der

Mitwirkung einsichtsvoller Staatsmänner bedürfe, um die Frage einer gerechteren Verteilung der kolonialen Silbquellen richtig zu lösen.

„The Crown Colonist“ legt Wert darauf, die Kolonialfrage als ein rein wirtschaftliches Problem zu betrachten, er warnt davor, Faktoren, wie nationales Prestige oder Zivilisationsaufgabe der weißen Rasse, mit dem Problem zu verquiden, da dadurch die Lösung der Kolonialfrage nur erschwert würde.

Das Blatt schließt sich im übrigen den Ausführungen des britischen Außenministers Hoare, der in seiner Genfer Rede nachdrücklich den Unterschied hervorgehoben hat zwischen den „besitzenden“ und den „nichtbesitzenden“ Ländern, zu denen vor allem Deutschland, Italien und Japan gehörten. Crown Colonist tritt in diesem Sinne für die Einsetzung einer Studienkommission ein, die die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der einzelnen auf Rohstoffeinfuhr angewiesenen Länder prüfen soll. An einer Mitarbeit Englands im Bereiche einer solchen Kommission könne nicht der geringste Zweifel bestehen.

Die Ausführungen von „The Crown Colonist“ wurden im Auszug von der französischen Kolonialzeitung „La Nouvelle Dépêche“ wiedergegeben. Das französische Blatt sagt dazu, daß der Crown Colonist die in England vorherrschende Meinung zur Kolonialfrage treffend wiedergebe, wendet sich aber kritisch dagegen, daß Crown Colonist auf das politische Moment in der Kolonialfrage nicht eingeht.

Viscount Snowden auf einer Linie mit Oberst House.

Oberst House hat mit seinen Ausführungen in „The Liberty“ mit Ernst und allem nur möglichen Nachdruck die Stimme des Warners erhoben. Viscount Snowden sagt an gleicher Stelle, die Worte des Obersten House führten hin zu einer Frage von fundamentaler Bedeutung für den Weltfrieden. Man möge die Sache umschreiben, wie immer man wolle: die Ursache moderner Kriege sei der wirtschaftliche Wettbewerb der Völker und die Zwangslage eingengter Industrieländer, Möglichkeiten für ihre wachsende Bevölkerung zu finden.

Er rührt an der Frage tropisch-subtropischer Gebiete, die auf die Dauer nicht weißen Mannes Heimat sein könnten, nicht geeignet für Dauerbesiedlung, ohne sich hier weiter auszulassen. Er streift die koloniale Expansion Englands mit seinen fünf Millionen Geviertmeilen in Uebersee und Frankreich mit fast der Hälfte Afrikas und dazu noch 300 000 Geviertmeilen in Asien, um hinzuweisen auf die Raumfrage der „nichtbesitzenden“ Völker. Er meint, die Politik Japans sei so klar wie der hellste Tag.

Aber der Konfliktstoff zwischen dem Reiche des Mitado und den westlichen Ländern und Amerika lasse nicht erkennen, wie sich in der Zukunft die Beziehungen zwischen Weiß und Gelb gestalten würden. Der Kampf zwischen Ost und West sei eine Frage auf Leben und Tod, „wenn die gegenwärtige imperialistische Politik weitergeführt würde“.

Sich der Wirtschaft zuwendend, erklärt Snowden, die koloniale Monopolwirtschaft der besitzenden Völker sei moralisch nicht zu rechtfertigen. Alle Völker müßten gleichmäßig Anteil haben an dem Bezug von Öl, Eisen, Kohle, Baumwolle oder anderer kolonialer Rohstoffe.

Die Politik der Gegenwart sei der langsame Selbstmord, der abzuleiten ist aus der wechselseitigen wirtschaftlichen Absperrung und durch ihre Bestrebungen, die eigenen Bedürfnisse ohne Rücksicht auf die anderen Völker sicherzustellen. Diese Politik habe die Hälfte unseres früheren Welthandels zerstört, 30 Millionen zur Arbeitslosigkeit verdammt.

Eine Lösung nur könne es geben:

Die Rückgabe der gestohlenen Kolonien an Deutschland, die Vereinigung des italienisch-abessinischen Konflikts.

Nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages.

Das neue deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen, das nach dreimonatlichen Verhandlungen am 4. November 1935 in Warschau unterzeichnet worden ist, stellt einen vollkommenen Neuaufbau dar auf Grundlage der Meistbegünstigung. Es sieht eine erhebliche Erweiterung der Warenumsätze vor. Durch das neue Abkommen wird der im Vorjahr abgeschlossene Kompensationsvertrag vom Oktober 1934 ersetzt. Der Vertrag wird am 20. November in Kraft gesetzt werden. Die Regelung des Meistbegünstigungsrechts ergibt die Möglichkeit, daß die deutschen Waren unter den gleichen Bedingungen auf dem polnischen Markt in Wettbewerb mit den Waren anderer Staaten treten können. Damit ist die Grundlage eines für beide Staaten günstigen Austauschverkehrs geschaffen worden. Beide Staaten ergänzen sich wirtschaftlich in glücklicher Weise. Dazu kommt die Nähe der beiderseitigen Märkte, die einen gewissen natürlichen Vorprung ermöglichten, wenngleich z. B. England als Großbezieher durch keine Devisenbeschränkungen gebunden ist und als Mehrbezieher polnischer Waren für Polen als Käufer sich in bevorzugter Lage befindet.

Der Vertrag gilt vorläufig auf ein Jahr bis zum 31. Oktober 1936 und soll im Falle der Nichtkündigung automatisch weiterlaufen. Hierdurch wird auch eine mehr stetige Entwicklung der beiderseitigen Handelsbezie-

hungen gewährleistet. Um sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen und den beiderseitigen Verkehr möglichst reibungslos zu gestalten, werden in Warschau und Berlin Regierungskonferenzen gebildet, die voraussichtlich in den Händen der sachverständigen Leiter der Wirtschaftsverhandlungen ruhen. Auf deutscher Seite dürfte Wirtschafts-

rat Semmen, auf polnischer Ministerialdirektor Sokolowski die Leitung übernehmen. Diesen Regierungsstellen bietet sich hier ein großes Feld persönlicher Initiative und verständnisvoller Mitwirkung, um Schwierigkeiten und Hemmnisse glücklich zu umschiffen. Das im abgelaufenen Kompensationsabkommen vom 11. Oktober 1934 vorgesehene Kontingent von 23,4 Mill. Zloty ist weder von deutscher noch polnischer Seite vollständig ausgenutzt worden. Deutschland hat von Polen sogar für 13,5 Mill. Zloty Waren bezogen, Deutschland dagegen nur für 6,88 Mill. Zloty abgesetzt, so daß noch ein erheblicher Ueberschuß polnischer Forderungen verblieben ist. Polen kann daher noch deutsche Waren in der noch nicht erschöpften Höhe beziehen, die noch nach dem 15. Oktober 1935 über Verrechnungskonto ausgeglichen werden können. Nach einer Verteilung des Geschäftsführers der deutsch-polnischen Handelskammer, Dr. Heidrich, können sogar eine große Anzahl vom Abkommen nicht erfaßter deutscher Waren im Gesamtbetrag von rund 1,5 Mill. Zloty über das Kompensationskonto verrechnet werden. Auch die Bezahlung der Straßen- und Baumaschinen, die auf der Straßen- und Bauausstellung im September d. Js. verkauft worden sind, kann aus dem Kompensationskonto erfolgen. Inzwischen hat Polen einen Sechsjahresplan für Straßenbauten aufgestellt, der eine Verbesserung der 4700 Kilometer Hauptverkehrsstraßen und 1000 Kilometer neue Straßen vorsieht. Als Gesamtkosten sind insgesamt 840 Mill. Zloty veranschlagt. Im Interesse der Landesverteidigung hat Polen hier eine Aufgabe zu erfüllen, die für die Zukunft der polnischen Wirtschaft recht bedeutsam werden wird. Polen befindet sich heute auf dem Wege einer vollständigen Umgestaltung seiner Wirtschaftspolitik. Die Regierung hat ein neues Finanzprogramm aufgestellt, in dem verschiedene Maßnahmen zur Beseitigung des seit Jahren vorhandenen Fehlbetrags im Staatshaushalt verkündet werden. In der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1935/36 war ein Fehlbetrag von 303 Mill. Zloty entstanden. Die Regierung will in Zukunft auf innere Anleihen und Kredite verzichten und dadurch den Geldmarkt entspannen. Dagegen sollen die Steuern erheblich erhöht werden und die Gehälter um 4½ bis zu 20 % herabgesetzt werden. Die Einkommensteuer wird dergestalt gestaffelt, daß die höchsten Gehälter

Rio Grande do Norte	40 000	30 000	15 507
Parahyba	60 000	40 000	21 534
Pernambuco	30 000	20 000	15 000
Magoas	22 000	12 000	10 200
Sergipe	8 000	8 250	8 184
Bahja (Waldzone)	1 000	600	500
Zone d. Nordens			
insgesamt	228 500	156 600	97 036
Bahja (Inneres)	7 000	5 400	4 500
Minas Geraes	15 000	8 000	11 000
Sao Paulo	115 000	105 000	34 700
Paraná	4 000	4 600	400
Audere Staaten	1 000	100	2 000
Zone des Südens	142 000	123 100	52 600
Gesamternte			
Braziliens	370 500	279 700	149 636

Die Zahlen für 1935 sind schätzungsweise angegeben. In der nördlichen Zone fällt die Pflanzzeit in die Monate Januar bis Juni, die Ernte in die Monate August bis Januar.

Aus deutschen Kolonien

Deutsch-Ostafrika

Landesproduktenausstellung in Fringa,

Deutsch-Ostafrika.

In Fringa, dem Mittelpunkt der deutschen Bauernsiedlung von Ostafrika, wurde unter stärkster Beteiligung die erste Landesproduktenausstellung feierlich eröffnet. Die Ausstellung erstreckte sich auf alle Erzeugnisse des Siedlungsgebiets und umfaßte zugleich eine Schau im Lande selbst gezüchteter hochwertiger und reinrassiger Tiere. Unter den Ausstellungsprodukten waren besonders hervorzuheben Tee, Kaffee, einheimische und europäische Früchte, heimisches Getreide, Hülsenfrüchte; ferner Konserven aller Art, besonders aus der erst neuerdings ins Leben gerufenen Konservenfabrik zu Mititu-Dabaga.

Ostafrika als Fleischlieferant der Welt.

Die englische Kolonialzeitschrift „The Crown Colonist“ unterstreicht die große Zukunftsbedeutung Ostafrikas für die Versorgung der Welt mit Fleisch und Molkereiprodukten. Schon heute verfügen das Tanganyika Territory (Deutsch-Ostafrika) die englischen Kolonien Kenja und Uganda über gewaltige Viehherden, die für die wirtschaftliche Versorgung der Gebiete nicht unbedingt erforderlich seien und eines der größten Sammelbeden für die Fleischbelieferung der Welt darstellten. Nach den neuesten Schätzungen beträgt der gesamte Viehbestand der drei Gebiete zurzeit 12 Millionen Stück. Größtenteils befindet sich das Vieh im Besitz der Eingeborenen; allein in Kenja fünf Millionen und im Mandatsgebiet Deutsch-Ostafrika viereinhalb Millionen. Auf die

In der südlichen Zone wird die Ausfaat in den Monaten September bis November vorgenommen; Erntezeit ist von März bis Juli.

Der Stille Ozean findet Anschluß an den Weltnachrichtendienst

Nach einer Meldung der „Pacific Islands Monthly“ wurde Anfang September ds. Jz. in Port Moresby auf Neu-Guinea eine Rundfunkstation errichtet. Die Erwartungen, die man an die Station stellt, laufen darauf hinaus, auch Deutsch-Neu-Guinea an das Weltfunknetz anzuschließen. Es heißt allerdings, die Station sei nicht übermäßig stark. Die australische Rundfunkgesellschaft beabsichtigt daher noch eine weitere Station in Suva auf den Fidji-Inseln ins Leben zu rufen. Die Reichweite dieser Station soll sich alsdann auch auf die Salomonen und Tahiti erstrecken.

weißen Ansiedler entfallen in allen drei Kolonien kaum mehr als 750 000 Stück.

Deutsch-Südwestafrika

Winterhilfswerk der Deutschen in Südwest.

Die Deutschen Zeitungen Südwestafrikas veröffentlichten Aufrufe zur Unterstützung des Winterhilfswerkes der Heimat durch das Südwestafrika. Der Appell hat schon jetzt einen lebhaften Wiederhall gefunden. U. a. beabsichtigt die Südwestafrikanische Persischer-Verkaufsgesellschaft bis zum 31. Januar Spenden zu sammeln. Außerdem findet eine Sammlung von Karakulfellern zur Herstellung eines Propagandamantels aus erstklassigen Südwestafrikanerfellern statt, der nach einer Rundreise durch die größeren Städte Deutschlands zum Besten der Winterhilfe versteigert werden soll. Bekanntlich ist die Karakulzucht der wertvollste Zweig der südafrikanischen Viehwirtschaft und Südwest eines der wichtigsten Lieferländer für Karakulfelle.

Deutschtumsbekenntnis der Evangelischen Kirche in Südwestafrika.

In Windhut, der Hauptstadt Deutsch-Südwestafrikas, fand eine große Feier der Evangelischen Gemeinde aus Anlaß der 25-jährigen Wiederkehr der Einweihung der Christuskirche statt, die im Jahre 1896 von der Rheinischen Mission errichtet wurde.

Im Rahmen dieser Feier hielt der deutsche Konsul Dr. von Delhasen eine vielbeachtete Ansprache über Deutschsein und Christsein in seiner Bedeutung für Kirche und Volk. Die hohen und ernsten Forderungen und Ge-

bote, die das Christentum und der Nationalsozialismus in Übereinstimmung voranstellen, seien: unerschütterlicher Glaube, Bekenntnistreue und Bekennermut und Gefolgschaft ohne Wenn und Aber. Deutschsein und Christsein streiten nicht widereinander, sondern durchdringen und fördern sich gegenseitig.

Die Ansprache des Konsuls wurde mit lebhafter Zustimmung aufgenommen und darf als das Bekenntnis der Evangelischen Gemeinde Windhuts zu Kirche und Führer gelten.

Kamerun.

Grenzberichtigung in Deutsch-Kamerun

„La Nouvelle Dépeche“ berichtet, die französische Mandatsverwaltung von Kamerun habe am Logone im südlichen Teil Kameruns einige „Grenzberichtigungen“ vorgenommen, die darauf hinauslaufen, einige Eingeborenenhöfe im Austausch gegen andere dem französischen Äquatorial-Afrika zuzuweisen. Sache der örtlichen Verwaltung soll es sein, die Grenzen im Sinne der Bewohner zu ziehen, damit die Verwaltung zu dieser Art von Grenzberichtigung ihre Zustimmung erteilen kann.

Dazu schreibt die Deutsche Kolonialgesellschaft: Jegliche Grenzberichtigung sei Sache des Völkerbundes, dem die Verwaltung der deutschen Kolonien zu treuen Händen übertragen worden ist. Eine einseitige Grenzberichtigung von Seiten einer der Mandatsmächte sei unter allen Umständen unzulässig.

Errichtung von Eingeborenen-Reservaten in Kamerun.

Ein Beschluß des Verwaltungsrates der unter Mandat stehenden deutschen Kolonie Kamerun verordnet die Errichtung bedeutender Eingeborenen-Reservate in der Gegend von Nuon. Zwei wichtige Gründe seien für diese Maßnahmen richtunggebend: einmal der Bevölkerungsüberschuß, der bereits dahin geführt habe, daß kein Bezirk unbesiedelt bleibt; die Zunahme der europäischen Pflanzungen sei weiter maßgebend für die erlassene Ver-

ordnung, da sich der europäische Pflanzungsbesitz immer weiter ausdehne und den Eingeborenen für den Eigenbetrieb nur das Land übrig lasse, das für Pflanzungskulturen ohne Wert sei.

Die Errichtung der neuen Eingeborenen-Reservate berührt nicht die Ausdehnung europäischer Unternehmungen im Bereich von Fouban.

Deutsche Südsee

Neue Briefmarken für Samoa.

Die neuseeländische Mandatsregierung hat für Samoa neue Briefmarken herausgegeben. Diese sind sehr künstlerisch ausgeführt und halten u. a. im Wilde fest, eine Samoanerin in Eingeborenenbekleidung mit einer typischen Südseeszene im Hintergrund, die Hauptstadt Apia, Bailima, den Sitz des letzten deutschen Gouverneurs, sowie andere hervorragenden Landschaften der an Schönheiten so überreichen Inseln.

Das deutsche Gesetz als Garant der Ordnung auf Neu-Guinea

Die Klagen über die zunehmende Unsicherheit in dem australischen Mandat unterstehenden Deutsch-Neu-Guinea sind immer noch das Thema, mit dem sich die australische Presse beschäftigt. Weiße Ansiedler und deren Frauen sind immer wieder den Terrorakten der Eingeborenen ausgesetzt, weil die Mandatsgesetze nicht genügend Handhabe zum Einschreiten gegen die Eingeborenen bieten.

So schreibt ein Ansiedler an die Pacific Islands Monthly, besonders im Morobe-Bezirk seien die Verhältnisse unhaltbar. Vom Standpunkt der Sicherheit um das Leben könne der Europäer ebensogut am abessinischen Krieg teilnehmen wie hier im Morobedistrikt zu wohnen. Die Mandatsverwaltung habe die Angelegenheit zwar in Genf zur Sprache gebracht, es sei aber bisher zur Sicherung des Lebens der Europäer noch nichts unternommen worden. Man solle sich der deutschen Gesetze erinnern, die Ruhe und Ordnung im Lande geschaffen haben.

Bücher- und Zeitschriftenchau

Die Landbauzonen im deutschen Lebensraum. Von Dr. agr. habil. W. Busch, Institut für landw. Betriebslehre an der Universität Bonn. Mit 8 Kartchen und einer großen farbigen Uebersichtskarte. Preis in Leinen geb. 11 RM. Verlag von Eugen Ulmer in Stuttgart-S., Olgastraße 83.

Das Ziel dieser Arbeit ist, die Bodenbenutzungsformen Deutschlands nach ihren

natürlichen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen und Zonen abzugrenzen und zu beschreiben. Durch Erkennen der Landbauzonen will sie auf eine natürliche Gestaltung unserer Kulturarten und Anbauverhältnisse einordnen. Es werden in dem Werk ganz neuartige Wege auf landwirtschaftlichem, betriebswirtschaft-

lichem und agrargeographischem Gebiet beschränkt. Es löst erstmalig das Problem der Gesamtdarstellung landbaulicher Verhältnisse und geht damit in Methode und Darstellung weit über alle bisherigen Werke auf diesem Gebiet hinaus. Um die Erkenntnis der Landbauzonen Deutschlands hatte schon Engelbrecht gerungen, jedoch ist er nicht über die Anbauzonen hinausgekommen. Buschs Werk zeigt anschaulich und fesselnd die Landbauzonen Deutschlands und gibt auch Kunde von den landbaulichen Verhältnissen unserer deutschen Brüder jenseits der Grenzen. Es bringt aber auch eine glänzende wissenschaftliche Begründung der Richtigkeit der nationalsozialistischen Agrarpolitik, denn es zeigt, daß wir es in den einzelnen Landschaften mit bestimmten Kulturlandschaften zu tun haben, die sich nicht jeder beliebigen Weltmarktlage anpassen lassen. In umfassender Darstellung wird ein ausgezeichnetes Ueberblick über die gesamte deutsche Landwirtschaft geboten. Der Wissenschaft gibt das Werk wertvollste Unterlagen zur weiteren Erforschung unserer bäuerlichen Verhältnisse; jeden, der in Praxis und Verwaltung mit dem deutschen Bauern und der deutschen Landwirtschaft zu tun hat, wird die reiche Fülle des Gebotenen fesseln. M.

Gürtler „Zeichenskizzen zum deutschen Geschichtsunterricht“. 1. Band: Von der germanischen Vorgeschichte bis 1500 (1935, Verlag E. Wunderlich, Leipzig. 45 Tafeln mit vielen Hunderten Zeichnungen; geb. 4 RM.). Eine erstantliche Fülle von Anschauungsmaterial ist in diesem Bande enthalten. Auch

Der Zeitpiegel. Wochenschrift für politische Bildung. Leipzig, Teubner; vierteljährlich 1,80 RM. Die längst bekannte Zeitschrift ist nunmehr zur wöchentlichen Erscheinungsweise übergegangen, wozu bei der drängenden Fülle weltpolitischen Geschehens nur zu sehr Anlaß bestanden hat. Richtungsweisende Aufsätze, Auszüge aus in- und ausländischen Zeitungen, zahlreiche Diagramme, Karikaturen, Skizzen usw., eine fortlaufende Chronik der Zeitgeschichte, machen die Zeitschrift zu einem vortrefflichen Begleiter durch die Wirren der Weltpolitik und zu einem wichtigen Nachschlagemittel für jeden, der weltpolitische Zusammenhänge sucht und braucht.

Die Grenzkampfschriften von A. Hillebrand (Verlag E. Künze, Berlin) konnte hier schon mehrfach empfehlend angezeigt werden. Es liegen wiederum zwei neue Hefte vor: „Mein Mann, Rheinland, unsere Westmark in Fesseln“ und

für den deutschen Kampf um Lebensraum enthält dieses nützliche Buch eine Menge von Skizzen. Jeder Unterricht, aber auch jeder Freund deutscher Geschichte wird von der Benutzung dieses Buches größten Nutzen haben. Der zweite Teil, der bis zur Neuzeit führen wird, darf mit Spannung erwartet werden; er wird für den deutschen Kampf um Lebensraum eine reiche Fülle von Veranschaulichungsmöglichkeiten bringen.

Manthe-Düren.

Manfred Schröter „Deutscher Geist in der Technik“ erschien in der hier schon mehrfach angezeigten Reihe „Schriften zur völkischen Bildung“ des Verlags Schaffstein in Köln (64 Seiten, kart. 40 Rpf.). Im Kampf um deutschen Lebensraum in aller Welt hat deutsche Technik mit die wichtigsten Aufgaben erfüllt oder zu erfüllen. Auf knappen Raum bietet Schröter hier ein umfassendes Bild deutscher technischer Leistung, das stolz macht, aber auch verpflichtet.

Dr. Eugen von Frauenholz „Wehrpolitik und Wehrwissen“ (Leipzig, Quelle und Meyer, 144 S. geb. 1,80 RM.). In einer Zeit, da Deutschlands Wehrwille wieder mächtig erwacht ist, füllt dieses Buch eine Lücke aus. Es gibt auf knappen Raum und für wenig Geld jedem Volksgenossen die Möglichkeit, die Wandlungen deutscher Wehrpolitik von den Zeiten der Germanen bis zu den Tagen des Führers zu verfolgen. Das Buch ist ein vortrefflicher und sicherer Ratgeber in allen einschlägigen Fragen, das zugleich eine Masse geschichtlichen Stoffes von einer besonderen Seite aus beleuchtet.

Gloger „Deutsches Memelland“. (Je 80 Rpf.). Die gut ausgestatteten Hefte verdienen weiteste Verbreitung.

Die amerikanische Rede von Hans Grimm auf dem deutschen Tag in New-York, der am 6. Oktober zur Erinnerung an die Ankunft der ersten geschlossenen deutschen Auswanderergruppe in Philadelphia vor 250 Jahren alle zwei Jahre festlich begangen wird, hat der Dichter Hans Grimm eine Rede gehalten, die vor allem den Gesichtspunkt der inneren Verbundenheit Amerikas Englands und Deutschlands betont. Die Zeitschrift das „Innere Reich“ in München hat den ganzen Wortlaut der Rede in ihrem Novemberheft gebracht. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags A. Langen (Georg Müller) bringen wir hier einen Abschnitt aus der Rede.

Meine Zuhörer, der erste von den drei großen Nordleuten, der gewiß durch eigene

Schuld, aber kaum weniger durch das völlige und schuldhaftige Mißverständnis der anderen beiden Nordleute zu kränkeln anfang, waren wir Deutschen in Deutschland. Aber vielleicht sind wir durch die uns auferlegten Prüfungen auch der erste der drei großen Nordleute geworden, der da spürte, was die Stunde geschlagen hat, und der sich mit den Kräften, die ihm verblieben sind, auf den Weg zur Besserung wagte.

Doch ich muß hier noch einmal eine Frage tun, um ganz klar zu sein: Was ist der Menschheitsglaube, den die drei Nordleute England und Amerika und Deutschland und alles, was zu ihnen gehört, im Stillen längst gemeinsam haben? Was ist der Menschheitsglaube, den Deutschland in einer schwankenden Zeit zur brauchbaren und verpflichtenden Wirklichkeit zu erwecken versucht? Der Glaube der Nordleute ist — ich will ganz kurze Sätze brauchen — daß die Tüchtigen mehr Recht haben als die Untüchtigen; der Glaube ist, daß die Ordentlichen mehr Recht haben als die Unordentlichen, der Glaube ist, daß die Gesunden mehr Recht haben als die Kranken; der Glaube ist, daß die Begabten mehr Recht haben als die Unbegabten; der Glaube ist, daß die Schöpfer mehr Recht haben als die Nachahmer; der Glaube ist aber auch und ist es nicht weniger, daß die Besten, daß die Leistungsmenschen, daß die Menschen mit der freien Entwicklung und mit der großen Aussicht ihrer Volksgemeinschaft dienen und daß sie von ihrer Volksgemeinschaft aus dem gesünderen und glücklicheren Leben jedes einzelnen Erdmenschens dienen. Aber zu dem Menschheitsglauben der Nordleute gehört noch eines, zu ihm gehört die unerschütterliche Ueberzeugung und der Wille und der Mut, daß eben wir Nordleute mit unseren verschiedenen Völkern mit unserem zutiefst gleichgearteten Wesen zu Vormännern dieser Erde berufen sind, und daß wir die Vormannschaft so lange behalten werden, so lange wir uns nicht durch müdes und auflösendes Denken und durch schwächliches und eigensüchtiges Handeln selbst vereinen.

Ich erinnere mich sehr wohl, daß der Engländer Cecil John Rhodes vor mehr als 30 Jahren von dem einen Boote sprach, in dem Engländer und Amerikaner und Deutsche zusammen saßen, ohne daß sie es selbst noch recht wußten, und indem sie nur zusammen durch eine unferne schwere Zukunft kämen. Ich weiß sehr wohl, daß man das Wort damals bei uns in Deutschland für nicht viel mehr hielt als eine hübsche Tischbemerkung oder gar für eine Schlinge. Man dachte damals bei uns, was geht uns schon England und Amerika an, wenn wir das zu eng gewordene Deutschland nur ohne Krieg und Revolution voranbringen. Man

betrachtete die Weltlage genau so kurz-sichtig bei uns, wie sie vor dem Weltkriege und in dem Weltkriege und gleich nach dem Weltkriege in Amerika und England betrachtet wurde. Weder bei uns, noch in England, noch in Amerika war man so weit, zu begreifen, daß die nordische Rasse, die vor die Welt die Ideale der Sauberkeit und der Leistung und Pflicht gestellt hat, sich selbst in Sauberkeit und Ordnung und Frieden halten müsse. Weder bei uns, noch in England, noch in Amerika war man so weit, zu begreifen, daß, wo der eine der drei großen Nordleute zu unterliegen und zu kränkeln und die gemeinsamen Ideale etwa aufzugeben anfänge, alsbald die beiden andern gefährdet seien.

Siedlergemeinden, nicht Siedlungen.

Die Baufinanzierung muß zur Siedlungsfinanzierung werden!

Das soeben erschienene Heft 10 der Zeitschrift „Siedlung und Wirtschaft“ enthält einen Vorschlag des ostpreussischen Siedlungsfachmanns Wilhelm Schlemm, der geeignet ist, die gesamte Kleinsiedlungspraxis auf neue Grundlagen zu stellen. Wir entnehmen dem Aufsatz folgende Kernpunkte:

1. Das Siedlungsgelände muß in jeder Beziehung tauglich sein. Ist es dies nicht und läßt sich geeignetes besseres Land sonst nicht beschaffen, so muß es in kürzester Frist in diesen Zustand versetzt werden. Diese notwendige Bodenverbesserung den Siedlern zuzumuten, heißt, ihnen für die Anfangsjahre, die bekanntlich die schwersten sind, eine übermäßige Last aufbürden, ja, sie um den Ertrag ihrer Arbeit bringen.

2. Es müssen echte Siedlergemeinden entstehen. Diese Gemeindebildung ist nicht damit erreicht, daß man statt der aufgelösten oder aufgelockerten Siedlung nunmehr städtebaulich-formal zur geschlossenen Siedlung übergeht. Die Form ist nur der Ausdruck des in der Siedlung sich regenden Lebens, sie wird hohl bleiben, wenn das Leben in ihr nicht alles vorfindet, was es zu einer gesunden Entfaltung notwendig braucht.

3. Es muß genügend Spielraum bleiben, um ein Siedlungswachstum in dem für notwendig erkannten Rahmen zu ermöglichen. Wir glauben an die lebendigen Kräfte, die jede sich bildende Siedlungsgemeinde wahrhaft, und sehen die Vorbereitungen für ihr Wirksamwerden in erster Linie darin, daß über den Landbedarf für die Siedlungsgrundstücke und über den Bedarf an Weideland hinaus von vornherein genügend Vorrats- und Pachtland bereitgestellt wird.

4. Muß man, um allen diesen Forderungen die notwendige Grundlage zu ver-

schaffen, dazu übergehen, Mehrjahrspläne aufzustellen, d. h. die Gesetzgebung für größere Zeitabschnitte soweit festlegen, daß eine Siedlungsstätigkeit auf lange Sicht mit gutem Gewissen in Angriff genommen werden kann. Was heute geschieht, ist Flickarbeit; wir dürfen uns damit nicht zufrieden geben.

Alle diese Forderungen sind mit dem bisherigen Finanzierungsverfahren nicht durchzuführen. Sie streben fort von der Finanzierung von Einzelbauvorhaben. Eine solche mag für die kleineren Siedlungsfälle unter günstigen Voraussetzungen noch genügen, von einer bestimmten Siedlungsgröße an aber reicht sie nicht mehr aus. Statt ihrer muß eine neue Art der Finanzierung gefordert werden, die ihren Rahmen um den Siedlungsfall als Ganzes zu spannen vermag, die Baufinanzierung muß zur Siedlungsfinanzierung werden.

Ein französisches Blatt für deutsche Gleichberechtigung

Die in Lyon erscheinende Zeitschrift „Freie Blätter“ beschäftigt sich mit der Bedeutung, die der Völkerbund angesichts der gegenwärtigen interpolitischen Lage noch habe, und meint, daß der Bund ohne Deutschland und Japan ein wirksames Instrument zur Erhaltung des Friedens nicht sei, und daß der Versuch unternommen werden müsse, beide Länder nach Genf zurückzuführen. Die Voraussetzung dafür könne aber nur die sein, daß eine tatsächliche Gleichberechtigung unter den Mitgliedern des Völkerbundes geschaffen würde. Die Voraussetzung hierzu aber läge wieder darin, Deutschland seine früheren Besitzungen in Afrika zurückzugeben.

Das Pariser Blatt „Liberté“ wendet sich nachdrücklich gegen die Ausführungen des Lyoner Blattes und erklärt, die „Freien Blätter“ seien nicht das Echo der öffentlichen Meinung in Frankreich. Eine Rückgabe der Kolonien an Deutschland würde überdies eine bessere Verhandlungsgrundlage nicht schaffen. Das französische Volk belächle die Utopien der Lyoner Zeitschrift.

Keine Ausbreitung des Mandatsgedankens.

„United Empire“, die bekannte englische Monatschrift, nimmt in scharf ablehnender

Form Stellung gegen alle Vorschläge, britische Kolonien unter Völkerbundsaufsicht zu stellen. Der Gedanke allein sei phantastisch. Im Hinblick auf die italienischen Kolonialforderungen und die deutschen Ansprüche in kommender Zeit stellt „United Empire“ fest, England würde sich vor große Schwierigkeiten gestellt sehen, wenn es die Treuhänderschaft über Eingeborenenvölkern aus der Hand geben würde, die ihm der Völkerbund anvertraut hat. Es müsse im übrigen Schluß gemacht werden mit der Behauptung, als ob das britische Kolonialreich das Ergebnis einer Raubpolitik sei.

Die deutschen Kolonien sind ein Sonderfall.

Die bekannte englische Wirtschaftszeitung „Economist“ beschäftigt sich in einem Aufsatz „Europa und Afrika“ mit der Frage, ob eine Neuverteilung des Kolonialbesitzes ratsam sei zur Erhaltung des Friedens. „Economist“ meint, es sei nicht zulässig, afrikanische Völkern, die sich unter europäischer Herrschaft befinden, von der Verwaltung durch eine Nation in die einer anderen zu überführen, um die zwischen den verschiedenen europäischen Mächten bestehende Ungleichheit an Kolonialbesitz zu beseitigen. Man könne sehr wohl dem Gedanken näher treten, die deutschen Kolonien an Deutschland in der Form von Mandaten zurückzugeben, unmöglich aber sei der Gedanke, den anglo-ägyptischen Sudan an Italien oder das Gebiet von Französisch-Kongo an Polen abzutreten. Die früheren deutschen Kolonien bildeten einen Sonderfall, aber es würde ein Unrecht sein, ihrer Bevölkerung einen Wechsel der Regierung aufzuzwingen im alleinigen Interesse einer europäischen Politik.

Unser bisheriger Herausgeber, Herr Bernhard Heyer hat sich nach Südwestafrika begeben, um dort die Herausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Windhut zu übernehmen. Er wird mit uns in ständiger Verbindung bleiben und uns aus seinem anderen Wirkungskreis mit Nachrichten über die dortige Entwicklung versorgen.

Abgeschlossen 15. Dezember 1935.

Hauptchriftleiter und verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Paul Mohr, Berlin-Lankwitz. — Kolonialpolitischer Mitarbeiter: Major a. D. Paul Schmoedel, Berlin-Zehlendorf. — Druck und Verlag: „Deutscher Lebensraum“ Druckerei und Verlagsanstalt G.m.b.H., Teltow/Mark, Adolf-Hitler-Straße 6, Ruf: 54 (Berlin-Zehlendorf) 1050. — Gerichtsstand ohne Rücksicht auf Streitwert und Objekt: Amtsgericht Berlin-Lichterfelde. — Erfüllungs-ort: Teltow/Mark. D. A. II. Bj. 1500. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 v. 1. 1. 35.

Wie bezieht man die Monatschrift „Deutscher Lebensraum“?

Ich wünsche die Monatschrift „Deutscher Lebensraum“, Blätter für neue deutsche Raum- und Bevölkerungspolitik, zu beziehen.

Letztes Quartal 1935 — Nr. 10, 11 und 12 — zum Preise von 0,75 RM zuzüglich Bestellgeld.

Ab 1. Januar 1936: für 6 Monate 2,40 RM, für 12 Monate 4,80 RM zuzüglich Bestellgeld.

Ich wünsche kostenlose Zusendung einer Probenummer.

Ich werde die Zeitschrift durch die Post beziehen.

Der Einzelpreis ab 1. Januar 1936 einer Nummer beträgt 0,50 RM., dazu Portosatz 0,08 RM.

Postcheckkonto: „Deutscher Lebensraum“ Berlin 524 46.

Bestellkarte anliegend.

**Das Zeichen
für den DL-Qualitätsdruck**



Werke, Zeitschriften, Zeitungen
Geschäfts- und Familien-
Drucksachen

„Deutscher Lebensraum“

Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H.

Teltow b. Berlin, Adolf-Hitler-Str. 6